

SIÖ



Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in Österreich

KINDER- UND JUGENDHILFE



Editorial

Kinder - und Jugendhilfe



Theresa **Luxner**

Liebe Leser*innen!

Das Jahr ist beinahe um und wir haben es fast geschafft.

So dynamisch wie die Zeit aktuell ist, so verlangt es auch Strukturen neu zu überdenken und dynamisch zu gestalten. Wir haben daher die Fachzeitschrift SIÖ in diesem Jahr inhaltlich neu konzipiert und auch das Layout überarbeitet. Der Auftritt der Fachzeitschrift ist nun nachhaltig und ökologisch, was uns ein großes Anliegen ist.

All dies bedarf vieler Überlegungen, Organisation, Koordination und vor allem Zeit. So erreicht Sie diese dritte Ausgabe der SIÖ in kurzem Abstand zur vorhergegangenen und zur kommenden. Ab der vierten Ausgabe mit dem Themenschwerpunkt „Extremismus“ haben wir den Verzug aufgeholt.

Das Erscheinen der vorliegenden Ausgabe mit dem Themenschwerpunkt „Kinder- und Jugendhilfe“ fällt in einen zeitlichen Rahmen, der passend erscheint, sich mit Kinderrechten und Kinderschutz auf fachlicher Ebene auseinander zu setzen. Wir befinden uns gerade

österreichweit in einem Lockdown mit geöffneten Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen und dieses Vorgehen wird sehr kontrovers diskutiert auf allen gesellschaftlichen Ebenen und vor allem auch in den Medien. Jede*r hat eine Meinung dazu, selten kommen Kinder und Jugendliche selbst zu Wort. „Kinderschutz“ bekommt eine neue Bedeutung, je nachdem aus welchem Blickwinkel das Wort gelesen und interpretiert wird.

Die vorliegende Ausgabe lädt ein, sich eingehender mit dem Thema Kinderschutz zu beschäftigen und vielleicht auch in die alltägliche Meinungsbildung einfließen zu lassen.

In diesem Sinne wünsche ich allen Leser*innen eine spannende Lektüre!

Für die Redaktion

Mag.a (FH) Theresa Luxner
redaktion@obds.at

IMPRESSUM

Soziale Arbeit in Österreich (SIÖ): Fachzeitschrift für Soziale Arbeit seit 1966; Erscheinungsort 1060 Wien; Auflage: 2.000 Stück.
Herausgeber, Medieninhaber und Verleger: Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit – obds, A-1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/14, www.obds.at, redaktion@obds.at; Hersteller: w i e n w o r k - integrative Betriebe und AusbildungsgmbH, A-1220 Wien, Maria-Tusch-Straße 21

Redaktion: Mag.a (FH) Theresa Luxner; Mag.a (FH) Josefina Egg, MA; Mag.a (FH) Anna Storf; Jorin Flick, BA; DAS Mag. Rudi Rögner; DSAin Gabriele Hardwiger-Bartz, DSAin Julia Pollak.; Lektorat: Mag.a Anna Szolga. Gestaltung: Florian Sitz; Titelseite: Adobe Stock; Bilder & Fotos: Adobe Stock (wenn nicht anders gekennzeichnet) ; Mitarbeiter*innen der Ausgabe: Marco Uhl, Dunja Gharwal, Elisabeth Brousek, Anja Muhr, Verena Ruetz, Martina Schranz, Plattform Asyl, Anna-Lena Mädge, Andrea Jesser, Claudia Kutzer, Thomas Buchner, Nicole Scharler

Über zugesandte Beiträge freut sich die Redaktion, behält sich aber vor, diese zu redigieren oder abzulehnen. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Autor*innen verantwortlich und müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Schwerpunkt.

„Die Kinderrechte in ihrer weitreichenden Vielfalt und immensen Wirkungsmöglichkeit tatsächlich sichtbar und erlebbar zu machen, ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag.“

Dieser Satz aus dem Leitartikel beschreibt treffend den inhaltlichen Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe. Durch eine historische Herleitung des Umgangs mit Kinderschutz und der Bezugnahme auf die Kinderrechte wird dort ein allgemeiner Rahmen aufgespannt, der einen differenzierten und kritischen Blick auf das Handlungsfeld Kinder und Jugendliche wirft.



Die weiteren Autor*innen, aus sehr unterschiedlichen Bereichen der Sozialen Arbeit, zeigen mit ihren Forschungsergebnissen und Praxisimplementierungen auf, dass es noch viele Schnittstellen gibt, die wenig thematisiert und ausgebaut sind. Es wird dargestellt, dass der Schritt von Theorie zu Praxis Initiative bedeutet, aber gemacht werden kann!

Inhalt

AUSGABE 214 – NOVEMBER 2021

»KINDERSCHUTZ GEHT UNS ALLE AN, DENN KINDER SIND UNSCHLAGBAR!«	8
»GRENZENLOS ZUSTÄNDIG UND IMMER BEREIT«	13
»KINDERSCHUTZ IN DIE ORGANISATION IMPLEMENTIEREN «	18
»BEDARF NIEDERSCHWELLIGER ANGEBOTE IN DER SCHULTRANSITION«	20
»DANN VERBRINGST DU DIE NACHT HALT IN DER KÄLTE«	26
»SOZIALE ARBEITSSPLITTER«	30
»BÜCHER«	33
»WER MACHT DEN JOB?«	34
»ERREICHBARKEIT VON ELTERN IM SCHULSYSTEM«	36

THEMENSCHWERPUNKTE DER NÄCHSTEN AUSGABEN

Ausgabe 04/2021: Extremismus

Ausgabe 01/2022: Berufliche Identität

Die Schwerpunktthemen für das kommende Jahr werden gerade vorbereitet und sind in Kürze auf obds.at einsehbar

Sollten Sie Interesse an einer Mitarbeit haben, freuen wir uns über Ihre Kontaktaufnahme an redaktion@obds.at.

obds aktuell

ÖSTERREICH

Marco Uhl

Liebe Leser_innen,

Der Bereich Kinder- und Jugendhilfe ist ursprünglich mit der Entwicklung von Sozialer Arbeit verbunden. Es verwundert daher auch nicht, dass gerade in den behördlichen Tätigkeiten vorwiegend auf Sozialarbeiter_innen zurückgegriffen wird und das auch in den verschiedenen Landesgesetzen – mehr oder weniger klar – verankert und vorgegeben ist. Dabei kommt es je nach Bundesland zu Unterschieden, die aus professioneller Sicht nicht nachvollziehbar sind. Als Interessensvertretung ist es uns wichtig, dass österreichweit gleiches Recht gilt, sowohl für die Betroffenen, als auch für die in diesem Bereich Arbeitenden. Der obds gibt bei Bedarf, kürzlich in Niederösterreich, Stellungnahmen zu geplanten Gesetzesänderung von Kinder- und Jugendhilfegesetzen ab.

Die eigene rechtliche Absicherung unserer Berufsstände steht im Fokus der Vorstandstätigkeit und der gesamten Infrastruktur unseres Vereines. Wir sind persönlich im **Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz** im engen Kontakt mit den zuständigen Mitarbeiter_innen, um das im Regierungsprogramm beschlossenen Vorhaben, nämlich die Erstellung eines Berufsgesetz für Soziale Arbeit, umzusetzen. Am Weg zu dem Gesetz sind wir gefordert parallel Bemühungen zu unternehmen, dass Soziale Arbeit auch im Gesundheitsbereich verbindlich integriert wird. Dazu haben wir auch entsprechende Schreiben an die zuständigen Stellen geschickt. Konkret haben wir uns zur Einführung von „Community Nursing“ und „Social Prescribing“ ausgesprochen und die dazu passende Kompetenz von Sozialer Arbeit in einem Brief direkt ans Ministerium erläutert. Eine Überarbeitung des Primärversorgungsgesetzes wäre ein nächster logischer Schritt und dazu befinden wir uns in den entsprechenden Gremien um dies mitzugestalten.

Der obds, vorwiegend vertreten durch unsere Mitarbeiterin Gerlinde Blemenschitz-Kramer, ist am: **Strategischer Zukunftsprozess (Foresight) „Gesundheitsförderung**

wird System“ des o.g. Bundesministeriums beteiligt und kann dort die Expertise einbringen. Durch den Bundesminister Dr. Mückstein wurde ich persönlich zum Mitglied des „Beirat psychosozialer Gesundheit“ ernannt und freue mich auf diese Aufgabe.

Vereinsintern sind wir dabei unsere Abläufe zu verbessern und hoffen, dass unsere Anstrengungen Früchte tragen und wir dadurch mehr Mitglieder bekommen um eines Tages die „10.000 Mitglieder Marke“ zu erreichen. Es hat sich ein tolles Team bestehend aus zahlreichen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen formiert, welches freudig die Herausforderungen annimmt.

Im nächsten Jahr werden wir den World Social Work Day gebührend feiern und gegen Ende des Jahres unsere Generalversammlung und eine Veranstaltung in Tirol abhalten. Über laufenden Aktivitäten berichten wir via Newsletter, Facebook, Instagram, Homepage, online-meetings und vieles mehr!

Im Namen des obds wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen und lade Sie zur aktiven Mitarbeit ein.

Ihre Kontaktaufnahme wird unter: soziale.arbeit@obds.at gerne erwartet!

Mag. (FH) Marco Uhl

Vorsitzender des Vorstandes
Kontakt: uhl@obds.at



Veranstaltungen und Termine

Burgenland

ogsa-Forum

21.3.2022, Eisenstadt, FH Burgenland

Veranstalter: Österreichische Gesellschaft für Soziale Arbeit, ogsa.at/2021/04/07/forum2022

Niederösterreich

4. NÖ Freiwilligenmesse

14.11.2021, St. Pölten, Landhaus

Veranstalter: Verein Freiwilligenmessen, freiwilligenmesse.at

„Der Wille“ in der Sozialraumorientierung aus verschiedenen Perspektiven

Fachtag

10.3.2022, 10-17 Uhr, Krems, Donau-Universität

Veranstalter: Zentrum für Wirtschaftspsychologie, Sozial- und Freizeitwirtschaft/Donau-Universität Krems, donau-uni.ac.at

Oberösterreich

Oberösterreichischer (online) Sozial-Stammtisch

Gemütlicher Austausch für Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen

An jedem ersten Montag im Monat, ab 19.30 Uhr, via Zoom

Veranstalter: obds-Landesgruppe OÖ, Anmeldung unter oberoesterreich@obds.at

Wenn alles zu viel wird: Psychosoziale Folgen der Corona-Krise

55. Linzer psychiatrischer Samstag

13.11.2021, Linz, Universität

Veranstalter: pro mente oö, pmooe.at/ueber-uns/termine-und-veranstaltungen/

Connect – Karrieremesse Sozialwirtschaft 2021

16.11.2021, Linz, Messe

Veranstalter: Sozialplattform OÖ, FH OÖ, IV Sozialunternehmen, connect-sozialwirtschaft.at

Salzburg

Sozial! Innovativ! Nachhaltig!

8. Fachkongress

16-18.2.2022, Salzburg, Fachhochschule

Veranstalter: Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialwirtschaft/ Sozialmanagement (INAS), inas-ev.eu/new-page-5

Vorarlberg

Digitalisierung in der Sozialen Arbeit.

Herausforderungen und Potentiale

Jahrestagung

11.11.2021, Dornbirn

Veranstalter: Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit, oeksa.at

Wien

Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung und ihre verschiedenen Gesichter erkennen und verändern

2. Kinderschutztagung

12.-13.5.2022, Wien, Europahaus

Veranstalter: Bundesverband österreichischer Kinderschutzzentren, oe-kinderschutzzentren.at

DIE ZEIT IST REIF

Gestalten wir gemeinsam eine solidarische Gesellschaft! Werde noch heute Mitglied, egal ob als Privatperson oder als Einrichtung mit einer Fördermitgliedschaft.

In Zeiten wie diesen, wo politisch ein rauher Wind weht, ist es wichtig gemeinsam einzustehen für die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt!

Ein starker Berufsverband der Sozialen Arbeit braucht Mitglieder, er braucht dich!

Join us on





Kinderschutz geht uns alle an, denn Kinder sind unschlagbar!

Die Kinderrechte¹ in ihrer weitreichenden Vielfalt und immensen Wirkungsmöglichkeit tatsächlich sichtbar und erlebbar zu machen, ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag. Die Kinderrechte zu schützen und das Kindeswohl zu sichern, obliegt allen Menschen und Institutionen, die mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt stehen, insbesondere aber der Kinder- und Jugendhilfe.

Dunja Gharwal

Die hier vorgestellten Überlegungen nehmen ihren Ausgang in der historischen Kontextualisierung, die eine Skizzierung des Spannungsfeldes von Kinderschutz über Macht und Kontrolle aufreißt. Als mögliche Denkfigur wird Critical Whiteness angeboten, diesen Widersprüchen zu begegnen und eine Auseinandersetzung mit den Organisationskulturen als auch den individuellen Reflexionen anzustoßen. Die Fragmentierung der unterschiedlichen Lebensbereiche und Umwelten von Kinder, Jugendlichen und Familien wird einem Schnittstellenmanagement mit Hilfe von Kinderschutzkonzepten gegenübergestellt. Eine stetige Weiterentwicklung des Kinderschutzes durch die aktive Berücksichtigung der Kinderrechte bildet den Ausblick auf einen regen Diskurs ohne Tabus und Vorbehalte.

HISTORISCHE KONTEXTUALISIERUNG

Die Etablierung der Kinder- und Jugendhilfe in Wien erfolgte bereits durch die Einrichtung einer Zentralstelle

für Kinderschutz und Jugendfürsorge im Jahr 1907.² Aus der Armenfürsorge kommend, entstanden die Vorläufer der heutigen Bezirksjugendämter mit dem Fokus Berufsvormundschaft, die neben der Unterhaltsfürsorge auch Aufgaben der Gesundheits- und Familienfürsorge übernahmen. Ein multiprofessionelles Team sollte die Bedürfnisse der Kinder in Augenschein nehmen und ihr bekömmliches Gedeihen sichern. Im Zuge von Hausbesuchen galt es, die Kindesmütter dabei zu stärken, „selbst die gesundheitliche Pflege ihres Säuglings einwandfrei“³ durchzuführen. Der Fokus lag allerdings vorrangig auf alleinerziehenden Müttern und deren Kontrolle. Die paternalistisch geprägte Vorstellung als Kontrollinstanz, innerfamiliäre Umgangsformen zu bewerten, hat die Kinder- und Jugendhilfe über lange Zeit geprägt und ihre präventiven Ansätze in den Hintergrund rücken lassen. Die durch den Ersten Weltkrieg erzeugte große Not führte zur Weiterentwicklung und dem Ausbau der Tätigkeit der Fürsorgearbeit. Kinder, die von Delogierung, Obdachlosigkeit, Erwerbsunfähigkeit,

mangelndem Einkommen, Spitalsaufenthalt oder auch Inhaftierung der Eltern betroffen waren, wurden durch die Behörde der Stadt im Rahmen der magistratischen Kostpflege versorgt. Diese erfolgte bereits durch fremde Familien oder Anstalten. Um die Dimensionen besser nachvollziehen zu können, sei erwähnt, dass 1910 bereits 2,1 Millionen Menschen in Wien lebten.⁴ 4.732 Kinder waren im Jahre 1914 durch das Magistrat zu versorgen. Bis zum Jahr 1918 verdoppelte sich diese Zahl. Heute leben etwa 4.000 Kinder in Wien außerhalb der eigenen Familie. Der Zweite Weltkrieg, der Nationalsozialismus und der Holocaust zählten aus kinderrechtlicher Sicht zu den dunkelsten Stunden des Kinderschutzes.⁵ Die bereits in den 1950er Jahren startende Auseinandersetzung mit der Ausformulierung von Kinderrechten durch die Vereinten Nationen⁶ hatte jedoch wenig Einfluss auf den Umgang mit Kindern und Jugendlichen, ganz besonders jenen mit Behinderung.⁷ So beschreiben Sieder und Smioski⁸ ausführlich, wie die Konzeption und Praxis des Kinderschutzes sowohl ambulant als auch stationär von Kontrollmacht und der bürgerlichen Vorstellung von Normalität geprägt waren. Gewalt gegen Kinder war nicht nur in Heimen systematisch und strukturell gegeben, sondern spiegelt sich auch in der Gesamtgesellschaft wider und lebt bis heute oftmals durch saloppe Aussprüche zur „Gsunden Watschen“ weiter. Die Kriminalisierung von Jugendlichen aufgrund ihrer Selbstdarstellung und Identifizierung mit spezifischen Jugendkulturen erfolgte zum Teil bis in die 1990er Jahre.⁹ Die Modernisierung der Kinder- und Jugendhilfe gelang rückblickend zögerlich. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und ihre Wirkkraft wurden erst in den späten 1990er Jahren von Staub-Bernasconi¹⁰ als Grundlegung der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession herangezogen und als machtvolles Argumentationsinstrument etabliert. Durch die Ratifizierung der Kinderrechtskonvention Ende der 1980er Jahre gelang ein kinderrechtlicher Diskurs innerhalb der Stadt Wien, was beispielsweise zur Gründung der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft führte. Der Kinder- und Jugendhilfe wurde somit ein:e kritische:r Freund:in gegenübergestellt, der/die weisungsfrei berät, informiert und bei Konflikten zwischen Behörde und Kindern/Jugendlichen/Eltern mediativ unterstützen kann.

Die bundesverfassungsrechtliche Verankerung der Kinderrechte ermöglichte die Überprüfung von neuen Gesetzen sowie Novellierungen durch die kinderrechtliche Brille und eröffnete damit einen erweiterten Blick auf die Komplexität ihrer Geltungsbreite.

Nach den erschütternden Berichten rund um den Wiener Heimskandal und dessen Aufarbeitung wurde das Mandat der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien um eine Ombudsperson für Kinder und Jugendliche in stationärer Fremdunterbringung erweitert und ein strukturiertes Monitoring aller Wohngemeinschaften und Krisenzentren sichergestellt. Hier standen das Engagement und die

Arbeitskraft einer Person etwa zweihundert Einrichtungen gegenüber. Nichtsdestotrotz muss hervorgehoben werden, dass damit erstmals die Notwendigkeit einer Kontrolle von außen anerkannt wurde und das Erfordernis der Parteilichkeit für die Kinder und Jugendlichen im Sinne der Kinderrechte Umsetzung fand.

Im ambulanten Arbeitsbereich der Kinder- und Jugendhilfe hingegen erfolgt das Beschwerdemanagement durch die Behörde selbst. Eine Verfahrensüberprüfung kann durch die Volksanwaltschaft erfolgen.

DIE MACHT DER KINDER- UND JUGENDHILFE: CRITICAL WHITENESS ALS ORIENTIERUNGSPUNKT IM KINDERSCHUTZ

Betrachtet man Europa als Ausgangspunkt zentraler Strukturen von Rassismus, ebenso wie die westliche Welt als Wiege der Menschenrechte, so spannt sich im Zusammenhang mit der Theorie der Critical Whiteness eine grundsätzlich widersprüchliche Dimension auf, die an dieser Stelle interessiert.¹¹ Critical Whiteness geht davon aus, dass Weiße vom strukturellen Rassismus der Gesellschaft ständig profitieren und damit auch gegen ihren Willen Rassismus befördern. Diese These ist insbesondere für die Soziale Arbeit wichtig, da ihr gerade im Zwangskontext Macht und Kontrolle große Bedeutung zukommt und hier eine offene und kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Privilegierung, den eigenen Macht- und Kontrollphantasien wie auch den eigenen Rassismen erforderlich ist. Auch Kinderschutz zeigt Widersprüchlichkeit (vgl. hierzu oben). Und doch gelingt es uns als Gesellschaft, diese diametral gegensätzlichen Konzepte (globale Expansion durch Imperialismus und Kolonialismus versus Aufklärung und Menschenrechte) im Alltag zu vereinen und zu leben. Das Ausblenden dieses Widerspruchs stellt aber eine Verdrängungsleistung dar, die den Diskurs über Diskriminierung verhindert und problematische Wir-Ihr-Konstruktionen befördert.¹² Darüber hinaus reproduziert gerade die Soziale Arbeit mit ihrem Normierungsauftrag zementierte Machtverhältnisse, die ebenso rassistisch wie sexistisch geprägt sind.¹³

Seckinger beschreibt die Herausforderung im Bereich des Kinderschutzes und das Spannungsfeld von Schutz, Macht und Kontrolle folgendermaßen: „Das System des Kinderschutzes verhält sich zum Teil gegenüber den Familien so, wie es die Eltern, die als Gefahr für die Kinder eingestuft werden, gegenüber den Kindern tun.“ Er bezieht sich hier auf ein behördliches Erklärungsmodell zur individuellen Förderung und Disziplinierung, das mit der individuellen Unzulänglichkeit von Eltern argumentiert.¹⁴ Sozialer Arbeit ist eine machtvolle, hierarchische Funktion immanent, die zur unreflektierten Reproduktion von diskriminierend wirkenden Verhältnissen beitragen kann. Je nachdem stabilisiert sie somit Herrschaft oder dekonstruiert diskriminierende Verhältnisse.¹⁵

Die Wahrnehmung von Gleichheit oder Verschiedenheit, die deutliche Auswirkungen auf das Handeln im Bereich der Sozialen Arbeit hat, ist nicht per se gegeben, sondern sozial konstruiert wie Linde und Auferkorte-Michaelis ausführen: „Sichtbare und unsichtbare Merkmale von Verschiedenheit, die Menschen in Interaktionssituationen einbringen, sind sozial konstruiert und können in subjektiver Wahrnehmung und je nach gesellschaftlicher Ordnung mehr oder weniger bedeutsam wirken.“¹⁶ Anzustreben ist daher die kritische Auseinandersetzung mit der Reproduktion von Verhältnissen und Interaktionspraxen, die Herrschaft und Ungerechtigkeit stabilisieren. Kritische Reflexion kann hier zu einem Aufbrechen von diskriminierend wirkenden und als normal geltenden Ordnungen führen.

In den Prozessen und Abläufen der jeweiligen Angebote der Sozialen Arbeit und insbesondere des behördlichen Kinderschutzes, ist Transparenz ein wesentliches Qualitätsmerkmal. Sie bietet den betroffenen Familien im Falle von Krisen und vermuteten Gefährdungen des Kindeswohls Klarheit darüber, was von ihnen erwartet wird, welche Schritte wann zum Einsatz kommen und welche Akteur:innen zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Aufgabenstellung bzw. Kompetenz ihre Ansprechpartner:innen sind. Gleichzeitig bildet Transparenz damit die Grundlage für aktive Teilhabe der Familien. Um im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gesellschaftlich wirksam eine Begegnung auf Augenhöhe zu ermöglichen, bilden die Partizipation der Familien, eine kritische Auseinandersetzung der Organisation mit den

eigenen tradierten Diskriminierungsformen und Logiken des Absprechens von Erziehungs kompetenz wie auch die laufende individuelle Reflexion der in der Sozialen Arbeit Tätigen einen Ausgangspunkt.

SCHNITTSTELLENMANAGEMENT STATT FRAGMENTIERUNG – ODER WIE IM SINNE DER KINDERRECHTE BILDUNG, SOZIALES UND GESUNDHEIT GEMEINSAM GEDACHT WERDEN KÖNNEN.

Mit den dramatischen Einschnitten durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, ausgelöst durch den SARS-CoV-2-Virus, wurde uns schmerzhaft vor Augen geführt, wie zerbrechlich unsere Konzepte und Strukturen im Kinderschutz, insbesondere an den Schnittstellen, tatsächlich sind. Gleichzeitig haben wir erkannt, dass Kinderschutz nun mal systemrelevant ist.

Kinderschutz ist eine der bedeutendsten Leistungen unserer Gesellschaft, wenn es darum geht, unser gutes Zusammenleben nachhaltig zu ermöglichen und den nach wie vor erwünschten Leistungserfolg der nächsten Generation zu sichern. Kinderschutz muss daher qualitätsgesichert weiterentwickelt werden. Die Anforderungen der heutigen Zeit haben sich in vielerlei Hinsicht verändert. Eine rezente Studie der Wirtschaftsuniversität Wien zur Betreuungskomplexität von Kindern und Jugendlichen zeigt auf, wie aufwendig es ist, eine gelingende Kommunikation im Sinne der Kinder und Jugendlichen zwischen Fachpersonal und Familien zu ermöglichen.¹⁷ So ringen Eltern und Fachpersonal um eine

gemeinsame Sprache mit den jeweiligen Institutionen, um gehört zu werden und die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen zu erfüllen. Oftmals gelingt es allerdings den Familien nicht, ihre Sorgen so zu formulieren, dass ihre Erwartungen erfüllt werden – und auch Fachpersonen beschreiben ihr Scheitern aufgrund von vielen Hindernissen, die durch die unterschiedlichen Strukturen, Arbeitsweisen und Arbeitszeiten sowie wechselndes Personal entstehen.

Wir erleben gerade heute eine Situation, in der Kindern und Jugendlichen eine unwiederbringliche Zeit gestohlen wird – gespickt mit Verlust, Verzicht, Reduktion und Isolation. Wie oft festgestellt, wirkte und wirkt die Gesundheitskrise nach wie vor wie ein Brennglas, das uns neue Schwachstellen der behördlichen und privatwirtschaftlichen Systeme und Strukturen, besonders der vielen Schnittstellen oder gar fehlenden Schnittstellen bei Prozessüberleitungen vor Augen geführt hat. Diese Fragmentierung der Sozialen Arbeit benennen Sieder und Smioski als Baustein für strukturelle Gewalt.¹⁸

So gelingt es beispielsweise nach wie vor zu wenig, Kinder und Jugendliche ernsthaft in Prozessentwicklungen oder Abläufe einzubinden, sie als gleichwertige Partner:innen und entsprechend geeignet anzuerkennen, mit ihnen zu kommunizieren. Besonders problematisch wirkt sich hierbei aus, dass die wesentlichen Umwelten im Leben von Kindern und Jugendlichen im seltensten Fall gemeinsam gedacht werden und der fachliche Austausch nur mit großem Aufwand erfolgen kann. So werden Übergänge und

Transitionsbegleitung durch fehlende Berücksichtigung der Entwicklungsprozesse bei Kindern und Jugendlichen sowie sämtlicher fachlicher Bedarfe erschwert.

Die Lebensbereiche Bildung, Soziales und Gesundheit müssen im ständigen Austausch, dialogisch, partizipativ und gleichberechtigt bearbeitet werden.¹⁹ Sektorales Denken und isolierte Herangehensweisen aus einem Segment produzieren oftmals Irritationen in einem anderen Bereich und umgekehrt, da sie einander bedingen und im Menschen als Gefüge erlebt werden. Erweitert wird dieses dynamische System um die Einflussnahme und Wirksamkeit des familiären Umfeldes.

Um diese komplexe Bedarfslage zu adressieren, sei als Good Practice das Modell der Frühen Hilfen²⁰ erwähnt. Mit aufsuchenden Kontakten können bereits in der Schwangerschaft mögliche Fragestellungen durch ein multiprofessionelles Team beantwortet werden, Kontakte zu geeigneten Angeboten gelegt und somit die eigene Kompetenz der Familie gestärkt werden. Insgesamt stehen die Familie und jedes Mitglied im Zentrum des präventiven Gedankens der Frühen Hilfe. Fokussiert wird auf das Kindeswohl und wie dieses bestmöglich von der Familie verwirklicht werden kann. Seit über zehn Jahren ist der Erfolg der Frühen Hilfen unbestritten und sie erfreuen sich in einigen Bundesländern der landesweiten Ausrollung. Das Konzept der Frühen Hilfen ist für Familien mit Kindern von 0 bis 3 Jahren angelegt. Die weiterführende Unterstützung müsste daher mit dem Eintritt in den Kindergarten erfolgen und damit die Möglichkeit schaffen, dass die Entwicklung

QUELLEN

¹ UN Kinderrechtskonvention: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10001223> zuletzt abgerufen am 15.08.2021

² 100 Jahre Wiener Jugendamt: <file:///C:/Users/lankjaghd/AppData/Local/Temp/15/AC16120623.pdf> zuletzt abgerufen am 13.08.202

³ Wolfgruber, Gudrun (2017): Ideale und Realitäten 1917-2017 : von der städtischen Jugendfürsorge zur Kinder- und Jugendhilfe : 100 Jahre Wiener Jugendamt, Magistrat der Stadt Wien, MAG ELF - Amt für Jugend und Familie

⁴ Einwohner in Wien: Volkszählung 1910: <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/die-wachsende-stadt-wien-am-vorabend-des-ersten-weltkriegs>, zuletzt abgerufen am 13.08.2021

⁵ Wolfgruber, Gudrun (2013): Von der Fürsorge zur Sozialarbeit, Wiener Jugendwohlfahrt im 20. Jahrhundert, Verlag Löcker

⁶ Kurze Geschichte der Kinderrechte: https://www.kija-noe.at/fileadmin/user_upload/downloads/Dauerausstellung/Dauerausstellung_Tafel_Zeitleiste.pdf zuletzt abgerufen am 15.08.2021

⁷ Studie zum Umgang mit behinderten Kindern in Wien zwischen 1948 und 1970: <http://www.wienkav.at/kav/gd/ZeigeAktuell.asp?ID=26062> zuletzt abgerufen am 15.08.2021

⁸ Vgl. Sieder, R. und Smioski, A. (2016): Gewalt gegen Kinder in Erziehungsheimen der Stadt Wien: zuletzt abgerufen am 13.08.2021

⁹ Sieder, R. und Smioski A. (2016): Gewalt gegen Kinder in Erziehungsheimen der Stadt Wien: zuletzt abgerufen am 13.08.2021

¹⁰ Vgl. Staub-Bernasconi, Silvia (2007a): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft: Systemische Grundlagen und professionelle Praxis – Ein Lehrbuch. 1. Aufl., Bern/Stuttgart: Haupt/UTB
Staub-Bernasconi, Silvia (2003): Soziale Arbeit als (eine) „Menschenrechtsprofession“. In: Sorg, Richard (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft. LIT Verlag, Münster
Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat. Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit. In: SiO – Sozialarbeit in Österreich.
Staub-Bernasconi, Silvia (2008): Menschenrechte in ihrer Relevanz für die Soziale Arbeit als Theorie und Praxis, oder: Was haben Menschenrechte

überhaupt in der Sozialen Arbeit zu suchen? In: Widersprüche. Heft 107, Jg. 28.

Staub-Bernasconi, Silvia (2013): Soziale Arbeit als (eine) Menschenrechtsprofession. In: Hering, Sabine (Hrsg.): Was ist Soziale Arbeit? Traditionen – Widersprüche – Wirkungen. Verlag Barbara Budrich, Opladen.

¹¹ Vgl. Tißberger, Martina (2021): Critical Whiteness als dekoloniale Praxis in der Sozialen Arbeit, in: Soziale Arbeit in der Postmigrationsgesellschaft, OGSA

¹² Vgl. Batur, Sertan (2021): Rassismus und Soziale Arbeit. In: soziale Arbeit in der Postmigrationsgesellschaft, OGSA

¹³ Vgl. Bereiter, Kathrin (2021): Was meinst du jetzt mit weißem*Sozialarbeiter? In Soziale Arbeit in der Postmigrationsgesellschaft, OGSA

¹⁴ Seckinger, Mike (2012): Migrationssensibler Kinderschutz

¹⁵ Vgl. Riegler, Anna (2021): Umgang mit Differenz und Macht in der Sozialen Arbeit in Soziale Arbeit in der Postmigrationsgesellschaft

¹⁶ Linde & Auferkorte-Michaelis (2018): Diversität im Lehr-Lern Geschehen;

¹⁷ Vgl. Betreuungskomplexität von Kinder und Jugendlichen (Wien 2020): <https://www.wu.ac.at/npocompetence/projekte/2020/entwicklung-betreuungskomplexitaet> zuletzt abgerufen am 13.08.2021

¹⁸ Vgl. Sieder, R. Smioski, A. (2016): Gewalt gegen Kinder in Erziehungsheimen der Stadt Wien, 2012

¹⁹ Vgl. Sax, Helmut (2017): Dissertation: Schutz mit System? Internationale kinderrechtliche Standards zum Schutz von Kindern vor Gewalt in der Familie und ihre Umsetzung in Österreich;

²⁰ www.fruehehilfen.at, zuletzt abgerufen am 15.08.2021

²¹ Vgl. Bethke, Sigrid A. (2020): Gesundheitsförderung mit und nach dem Schuleintritt durch Präventionsketten gestalten in: Gesundheitsförderung und Prävention- Quo vadis Kinder- und Jugendhilfe; Beltz Juventa

²² www.schutzkonzepte.at zuletzt abgerufen am 13.08.2021

eines Menschen bis zum Bildungsabschluss bzw. dem Erwachsenenalter durchgängig durch multiprofessionelle Teams begleitet wird.

Die Transition in das Erwachsenenleben ist eine weitere Herausforderung. Vertrauen und Selbstwirksamkeit sind an dieser Schnittstelle gefragt, um weiterhin auch im Erwachsenenalter mutig und stark Unterstützung anzunehmen. Der viel bemühte Drehtüreffekt kann so ausgehebelt werden, denn eine vertrauensvoll ansprechbare Fachkraft steht mit Wissen und Kompetenz zur Verfügung.

Denn ohne sozial-ökonomische Grundsäule gibt es keine Gesundheit, ohne Gesundheit kann Bildung nicht erlangt werden, ohne Bildung kann die sozial-ökonomische Grundsäule nicht entwickelt werden. Der 13. Kinder- und Jugendbericht thematisiert die Gesundheitsförderung und Prävention in Deutschland und unterstreicht das gesunde Aufwachsen durch Präventionsketten als bereichsübergreifende Infrastrukturen.²¹

GEMEINSAME STANDARDS DURCH KINDERSCHUTZKONZEPTE

Grenzverletzendes Verhalten, Übergriffe und diverse Formen von Gewalt und Vernachlässigung können sich überall dort finden, wo Erwachsene mit Kindern leben oder arbeiten. Daher braucht es österreichweite Qualitätsstandards, wie sie bereits für den Bereich der stationären Fremdunterbringung entwickelt wurden. Dies leisten Kinderschutzkonzepte, die in allen Organisationen, die mit Kindern und für Kinder arbeiten, zu erstellen sind.²²

Ein Kinderschutzkonzept, auch Kinderschutzrichtlinie genannt, versteht sich als Organisationsentwicklungsprozess. Organisationen erheben mögliche Risiken für Kinder in ihrem Angebot und formulieren Maßnahmen, um die identifizierten Risiken zu adressieren. Dieser Prozess bewirkt nicht nur eine Bewusstseinsbildung über etwaige Risiken. Es wird damit auch eine klare Haltung gegen Gewalt eingenommen, der rechtliche Rahmen definiert, Verantwortlichkeiten und Abläufe werden festgemacht, Einstellungskriterien für Mitarbeiter:innen formuliert, ein Verhaltenskodex wird vereinbart und ein Beschwerdemanagement entwickelt. Ein Interventionsplan bei etwaigen Übergriffen rundet eine derart beschriebene Kinderschutzpolicy ab. Um den Prozess jedenfalls partizipativ zu gestalten, sind Kinder und Jugendliche an diesem Prozess beteiligt.

Ein Kinderschutzkonzept bewirkt aber nicht nur, dass das Risiko für Kinder und Jugendliche in der Organisation reduziert ist. Auch die Mitarbeiter:innen sind besser geschützt, weil sie die Prozesse innerhalb der Organisation besser kennen und kompetent und handlungsmächtig sind, wenn sie sich Sorgen um ein Kind machen. Kinderschutzrichtlinien schützen die Organisation selbst

und stoßen einen Denkprozess an, der das eigene Handeln immer wieder in Frage regelmäßig (reflektiert) überdenkt und weiterentwickelt. Die Haltungen der Einzelnen und der Organisation zu Macht und Normierung werden durch die laufende Evaluierung immer wieder herausgefordert und reflektiert und eröffnen einen Raum, um Kinderschutz weiter fördern zu können.

Kinderschutzkonzepte in der eigenen Organisation umsetzen bedeutet, auch aus der Fachszene Kolleg:innen in die eigene Organisation Einblicke zu gewähren und die institutionelle Verletzbarkeit sichtbar zu machen. Fehlerkulturen werden genauso beleuchtet wie ein möglicher Mangel an geeigneten Kommunikationsstrukturen und Schnittstellenmanagement.

AUSBLICK

Die Kinderrechte geben uns in Bezug auf Kinderschutz eine hilfreiche – und wenig überraschende – Orientierung: Kinderrechte sind dialogisch. Sie sind partizipativ, protektiv und präventiv konzipiert. Diese Eigenschaften machen sie einzigartig und zeigen einen respektvollen und demokratischen Weg für Auseinandersetzung, Entscheidungsprozesse und Lösungsfindung. Kinderrechte sind gelebt, wenn all diese Aspekte – Teilhabe, Schutz und Versorgung – im Sinne der Unteilbarkeit der Kinderrechte entsprechend berücksichtigt werden. Das Prinzip der Augenhöhe ist den Kinderrechten immanent, ihre Verwirklichung hat die Profession der Sozialen Arbeit als Mandat theoretisch verinnerlicht. Die Praxis der Sozialen Arbeit braucht aber auch entsprechende Räume und Zeit, um diesen Anspruch zu realisieren. Damit diese Rahmenbedingungen geschaffen werden, gilt es weiterführend, die wirkungsorientierte Folgeabschätzung bei etwaigen Änderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes nach kinderrechtlichen Gesichtspunkten zu thematisieren und immer wieder den unvoreingenommenen Blick auf die tatsächlichen Bedürfnisse von Kinder und Jugendlichen sowie ihren Familien zu richten.

DSAin Dunja Gharwal, MA

ist Kinder- und Jugendanwältin der Stadt Wien seit 2019

Sozialarbeiterin und Gastlektorin an den Fachhochschulen Wien und St. Pölten mit dem Schwerpunkt Menschenrechte, internationale Kooperationen, Kommunikation und Kinder- und Jugendhilfe



„Grenzenlos zuständig und immer bereit“

Möglichkeiten und Grenzen partizipativer Forschung in der Wiener Kinder- und Jugendhilfe

Der Beitrag diskutiert Möglichkeiten und Grenzen partizipativer Forschung an konkreten Forschungsbeispielen (Brousek et al., 2019 & 2016) im Rahmen der Wiener Kinder- und Jugendhilfe und betont die Wichtigkeit der Beteiligung von Hilfeadressat*innen und Sozialarbeiter*innen am Forschungsprozess.

Elisabeth Brousek, Anja Muhr, Verena Ruetz, Martina Schranz

Partizipative Forschung fasst verschiedene Ansätze zusammen, bei denen „die soziale Wirklichkeit partnerschaftlich“ erforscht und beeinflusst wird (Unger, 2014, S. 1). Zunächst soll mit einem Rückblick von Forschungsprojekten, die in Wien mit Daten von Betroffenen und nicht mehr über sie gearbeitet haben, ein Einblick in den Paradigmenwechsel und die Haltung, die mit partizipativer Kinder- und Jugendhilfeforschung einhergeht, gegeben werden. Diesem ersten Paradigmenwechsel der 1990er Jahre folgte ein weiterer: Daten von und mit Betroffenen, mit dem Ziel der „dialogischen Qualitätsentwicklung“ (Wolff et al., 2013, S. 56). Hierbei wird die Methode der Gruppendiskussion und der Analyse von Metaphern erörtert. Schließlich wirft der Beitrag die Frage auf, ob die als entscheidender Wirkfaktor (u.a. Macsenaere, 2019) vielfach betonte Partizipation der Adressat*innen von Hilfe (Kinder, Jugendliche, Eltern) ohne Partizipation der Mitarbeiter*innen möglich ist (vgl. Pluto, 2020).

Sozialarbeiter*innen steht seit den 1990er Jahren ein akademischer Abschluss offen (vgl. Pantucek, 2013; Wolgruber, 2017). Die folgende methodische Diskussion zeigt, dass das wissenschaftliche Potential von Sozialarbeiter*innen im Rahmen der Wiener Kinder- und

Jugendhilfe genutzt wurde und Soziale Arbeit auch in der Institution als wissenschaftliche Disziplin anerkannt wird. Wir danken den Verantwortlichen innerhalb der Wiener Kinder- und Jugendhilfe, partizipative Forschung zu ermöglichen. Unser besonderer Dank gilt den Kolleg*innen in den Regionalstellen Soziale Arbeit für die Mitarbeit am Forschungsprojekt, sowie für das Vertrauen in uns.

1. PARADIGMENWECHSEL: DATEN VON UND MIT DEN BETROFFENEN UND NICHT MEHR NUR ÜBER SIE

a. Retrospektive Erhebung der Perspektive von Erwachsenen

Ein grundlegender Paradigmenwechsel in der Jugendwohlfahrtsforschung ab den späten 1990er-Jahren bestand darin, nicht mehr nur Daten über Kinder in Heimen, Wohngemeinschaften und bei Pflegeeltern auszuwerten, sondern Daten von ihnen. Was sagen die von Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe Betroffenen als Erwachsene zu ihren Erfahrungen? Hierbei wurde die Perspektive von erwachsenen, ehemaligen (Pflege-) Kindern retrospektiv erhoben (z.B. Hoyer & Brousek, 2014, 2004). Ihre Erzählungen über Besuchskontakte,

Gerichtsverhandlungen, Geschwisterbeziehungen und das Verhältnis von Herkunft- und Pflegefamilie haben erheblich zur Qualitätsentwicklung beigetragen.

Die retrospektive Perspektive der erwachsenen Betroffenen kam auch in den Studien der 2010er Jahre zur Aufarbeitung massiver Gewalt in Heimen (u.a. Sieder & Smioski, 2012; Helige, et al., 2013) und in Pflegefamilien (u.a. Raab-Steiner & Wolfgruber, 2014) in der Nachkriegszeit zum Einsatz.

b. Aktuelle Erhebung der Perspektive von Hilfeadressat*innen

In den 2000er Jahren erfolgte eine methodische Weiterentwicklung: Es wurden Studien veröffentlicht, welche die aktuellen Erfahrungen von Kindern erfassten. Methodisch innovativ waren dabei spielbasierte, fotobasierte und kollektive Zugänge (u.a. Nentwig-Gesemann, 2002 & Sitter, 2019). Gespräche mit Kindern in Wohngemeinschaften der Wiener Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere in dyadischen und Gruppen-Settings zeigen eindrucksvoll, dass Kinder ihre Erfahrungen u.a. zu den Themen „Übergang in ein Krisenzentrum“ und „Beziehungen zu den Sozialpädagog*innen“ selbstläufig und eigenständig einbringen (Brousek, 2015). Mittlerweile sind auch quantitative Erhebungen mittels Fragebogen in Kindergärten (Tietze et al., 2012) und bei Kinderfreizeiten

(Ilg, 2020; Pauer & Brousek, 2018) selbstverständliches Instrument der Qualitätsentwicklung geworden.

c. Forschungsfragen, Datengenerierung und Auswertung von und mit den Beforschten

Daten von und mit Betroffenen, mit dem Ziel der „dialogischen Qualitätsentwicklung“ (Wolff et al., 2013, S. 56) stellt eine Erweiterung in der partizipativen Kinder- und Jugendhilfeforschung dar, die gegenwärtig vor allem als „participatory professional research“ (Anastasiadis et al., 2014) konzipiert wird und (noch) wenig als „participatory client research“ (ebd.) Anwendung findet. Dabei wird die Planung (v.a. die Forschungsfragen) und die Auswertung der Daten (z.B. Interpretationen von Gruppendiskussionen, s.u. III) oder von Sekundärdaten amtlicher Statistiken (s.u., II. a, zur Diskussion von Falloberggrenzen) gemeinsam mit den beforstchten Ko-Forscher*innen durchgeführt (Unger, 2014). In der Forschungspraxis der Wiener Kinder- und Jugendhilfe hat es sich vor allem aufgrund der knappen Zeitressourcen der Ko-Forscher*innen als sinnvoll herausgestellt, den Ko-Forscher*innen erste Auswertungen und Interpretationen vorzustellen und deren Reaktionen zu einem wesentlichen Aspekt der Forschung zu entwickeln. In der gemeinsamen Arbeit an der Auswertung mit den Ko-Forscher*innen wird eine...

„kognitive Distanzierung gegenüber eingespielten Routinen, Interaktionsformen und Machtbeziehungen möglich, um etablierte Deutungen der Handlungssituation und Strategien der Handlungspraxis grundsätzlich infrage zu stellen und neu zu denken“ (Bergold & Stefan, 2012, Abs.1).

Partizipative Forschung ist eine Intervention, die immer wieder „den Einbezug der Ko-Forscherinnen in den Erkenntnisprozess fördert und fordert“ (ebd., Abs.3). Das in Frage stellen der Unterscheidung „Forscher*in/ Beforschte“ (Anastasiadis & Wrentschur, 2019) zielt auf „Emanzipation, Empowerment und auf einen sozialen Wandel“ ab. Partizipative Forschung kann als „Auftrag der Sozialen Arbeit“ (ebd., S. 10) verstanden werden, „um praktisch verändernd in gesellschaftliche Zusammenhänge einzugreifen“ (ebd., S 13).

2. POTENTIALE UND CHANCEN: „KEINE FORSCHUNG ÜBER UNS OHNE UNS“ (FINE & TORRE, 2019)

„No Research on Us Without Us“ (Fine & Torre, 2019, übersetzt und zit. nach Flick & Hoppe, 2021, S. 21) bedeutet das Aufgeben der (vermeintlichen) Objektivität und der Forschungsobjekte zugunsten gleichberechtigter Forschungssubjekte und Forschungspartner*innen. „Darin steckt Zunder“ (Buchholz, 2017; S. 286), den

u.a. bereits Mannheim (1980, orig., 1922-1925) mit der Standortgebundenheit des Wissens aufgezeigt hat. Das Postulat der (unbestechlichen) Objektivität ist eine „entkörperte“ Phantasie und ein „göttlicher Trick“ (Haraway, 1995, S. 81, zit. nach Flick & Hoppe, 2021; S.29). Wer Objektivität in Anspruch nimmt, zementiert Machtverhältnisse. Haraway (1995, ebd.) verwendet statt Objektivität den Begriff „Partialität“.

a. Praxisrelevante Forschungsfragen: Falloberggrenzen und Fluktuation

Wie kann Belastung valide erhoben werden? Vielfach wird versucht, die Arbeitsbelastung mittels Fallzahlen (vgl. Kapella et al., 2018, Österreichisches Institut für Familienforschung, ÖIF) zu messen. Auf Basis ihrer österreichweiten Erhebung empfehlen die Autor*innen des ÖIF den „Ausbau der zeitlichen und personellen Ressourcen in der Kinder- und Jugendhilfe“ (S.89) und diskutieren eine Obergrenze von 35 Fällen pro Sozialarbeiter*in. Mithilfe einer definierten Obergrenze wäre es möglich zu zeigen, unter welchen Bedingungen qualitativ hochwertiges, ganzheitliches Arbeiten stattfinden kann und ab wann die Arbeit auf „Überstand“ erfolgt. Im Rahmen der partizipativen Forschung wurde deutlich, dass der gemeinsame Nenner von den Sozialarbeiter*innen in einer grenzenlosen Zuständigkeit erlebt wird (s. III. b).

QUELLEN

- Anastasiadis, M. & Wrentschur, M. (2019). Forschungsräume öffnen und das Soziale gestalten. Intentionen und Realisierungen partizipativer Forschung in der Sozialen Arbeit. ÖZS, vol. 21, 9-25.
- Anastasiadis, M., Heimgartner, A., Kittl-Satran, H. & Wrentschur, M. (2014). Participatory research in social work. In: F. Rausch, A. Schuster, T. Stern, M. Pribila & A. Townsend (Hrsg.), Promoting change through action research (S. 147 – 162). Rotterdam: Springer.
- Bergold, J. & Stefan, T. (2012). Partizipative Forschungsmethoden: Ein methodischer Ansatz in Bewegung [110 Absätze]. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 13(1), Art. 30, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1201302> (Zugriff: Juni 2014).
- Brousek, E., Baumgarten, B., Bucher, L., Dippold, B., Hummel, V., Muhr, A., Neuner, S., Paul, K., Ranacher-Hueter, V., Roth, S., Ruetz, V., Schmid, D., Schranz, M., Wagner, L., Wagner, N. & Wieder, D. (2019). Ressourcen und Belastungen in den Regionalstellen Soziale Arbeit in Wien. Grenzenlos zuständig und immer bereit. Ein partizipatives Forschungsprojekt. Unveröffentlichter Bericht der Wiener Kinder- und Jugendhilfe, Forschung & Entwicklung.
- Brousek, E., Dolinar, B., Langheiter, I., Tüchler, C & Wlcek, I. (2016). Auf der Suche nach Strategie und Verbindlichkeit. Zur Umsetzung von Fachentwicklung im Referat Kindergruppen & Tageseltern. Unveröffentlichter Bericht des Amtes für Jugend und Familie der Stadt Wien, Forschung & Entwicklung.
- Brousek, E. (2015). „Hab ich ganz viel nicht gewusst.“ Gespräche mit Kindern und Jugendlichen in öffentlicher Erziehung. Zeitschrift für Beratungs- und Managementwissenschaften, 2, 5–14.
- Brousek, E. (1999). „Anpassen und Entwickeln“. Paradoxe Orientierungen professioneller HelferInnen. Eine empirische Arbeit am Beispiel der SozialarbeiterInnen an den Ämtern für Jugend und Familie. Wien: Unveröffentlichte Diplomarbeit.
- Buchholz, M. (2017). Obduktion der Objektivität. Familiendynamik 4, 2-11.
- Fine, M. & Torre, E. M. (2019). Critical Participatory Action Research: A Feminist Project for Validity and Solidarity. Psychology of Women Quarterly, 43, 433-444.
- Flick, S. & Hoppe, K. (2021). Reflexivität als Mantra? Voraussetzungen und Grenzen partizipativer Forschung. In: S. Flick & A. Herold (Hrsg.), Zur Kritik der partizipativen Forschung. Forschungspraxis im Spiegel der Kritischen Theorie (S. 18 – 40). Weinheim: Beltz.
- Haraway, D. (1995). Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive. In: D. Haraway (Hrsg.), Die Neuerfindung der Natur (S. 73-97). Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt: Campus.
- Helige, B., John, M., Schmucker, H., Wörgötter, G. & Wisinger, M. (2013). Endbericht der Kommission Wilhelminenberg. http://www.kommission-wilhelminenberg.at/presse/jun2013/Bericht-Wilhelminenberg-web_code.pdf (Zugriff: 02.08.2013).
- Hilscher, A. (2021). Doing reflexivity – Wissensproduktion in partizipativen und ethnografischen Settings. In: S. Flick & A. Herold (Hrsg.), Zur Kritik der partizipativen Forschung. Forschungspraxis im Spiegel der Kritischen Theorie (S. 129 – 153). Weinheim: Beltz.
- Hoyer, A. & Brousek, E. (2014). Erfahrungen von Pflegekindern mit Partizipation im Rahmen der Jugendwohlfahrt. Ergebnisse aus der Forschung. iFAMZ, 3, 146-148.
- Hoyer, A. & Brousek, E. (2004). Partizipation von Kindern und Jugendlichen - Die Vielfalt der Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren im Rahmen der Unterbringung in Pflegefamilien. Unveröffentlichter Zwischenbericht des Amtes für Jugend und Familie, Wien: Grundlagenforschung.
- Ilg, Wolfgang (2020): Panelstudie internationale Jugendbegegnungen: Kurzfassung der Datenanalyse 2017 + 2018. In: IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.). Modellbericht Datenreport 2017 Internationale Jugendarbeit. Bonn: IJAB, 111-135.

- Kapella, O., Rille-Pfeiffer, C. und Schmidt, E.-M. (2018). Evaluierung des Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetzes (B-KJHG) 2013. Zusammenfassender Bericht aller Module und Beurteilung. Österreichisches Institut für Familienforschung, Nr. 29.
- Mannheim, K. (1980). Strukturen des Denkens. Frankfurt am Main.
- Macsaere, M. (2019). Wirkungsforschung in den Hilfen zur Erziehung. In: M.-C. Begemann, C. Bleck & R. Liebig (Hrsg.), Wirkungsforschung zur Kinder und Jugendhilfe. Grundlegende Perspektiven und arbeitsspezifische Entwicklungen (S. 188 – 208). Weinheim: Beltz.
- Nentwig-Gesemann, I. (2002). Gruppendiskussionen mit Kindern. Die dokumentarische Interpretation von Spielpraxis und Diskursorganisation. Zeitschrift für qualitative Beratungs- und Sozialforschung, 41-63.
- Pantucek, P. (2013). Sozialarbeitsforschung und Studium an der FH St. Pölten und die Identität der Sozialarbeit in Österreich. <http://www.pantucek.com/index.php/soziale-arbeit/texte/165-sozialarbeitsforschung-und-studium-an-der-fh-st-poelten-und-die-identitaet-der-sozialarbeit-in-oesterreich> (Zugriff: 10.08.2021).
- Pauer, S. & Brousek, E. (2018). WIJUG will's wissen. Erstmalige Befragung der KundInnen der Wiener Jugendberufshilfe. Plakatpräsentation Child in the City.
- Pluto, L. (2020): Partizipation und Organisationsentwicklung. Jugendhilfe, 58. Jg., 3, 266-271. Wirklich?
- Pryzborski, A. & Wohlrab-Sahr, M. (2014). Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. 4. erweiterte Auflage. Oldenburg: München.
- Raab-Steiner, E. & Wolfgruber, G. (2014). Wiener Pflegekinder in der Nachkriegszeit (1955-1970). Wien: Facultas.
- Reinprecht, R. (2015). Immigrant Children and Families in the Child Welfare System in Austria. A Cross Country Study of Policies and Practices. In: M. Skivenes et al (Hrsg.), Child Welfare Systems and Migrant Children. A Cross Country Study of Policies and Practices. (S. 82-105). Oxford: University Press.
- Sieder, R. & Smioski, A. (2012). Der Kindheit beraubt. Gewalt in Erziehungsheimen der Stadt Wien. Innsbruck: Studienverlag.
- Sitter, M. (2019). Partizipatives Forschen mit Kindern – Ein reflektierter Balanceakt zwischen generationeller Asymmetrie und intergenerationaler Nachsicht. ÖZS, vol. 21, 103-124.
- Straub, J. & Seitz, H. (1998). Metaphernanalyse in der Kulturpsychologischen Biographieforschung – Theoretische Überlegungen und empirische Analysen am Beispiel des Zusammenschlusses von Staaten. In: R. Bohnsack & W. Marotzki (Hrsg.), Biographieforschung und Kulturanalyse. Transdisziplinäre Zugänge qualitativer Forschung (S. 243 – 259). Opladen: Leske und Budrich.
- Tietze, W., et al. (2012). NUBBEK. Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit. Fragestellungen und Ergebnisse im Überblick.
- Unger, H. v. (2014). Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer.
- UN-Kinderrechtskonvention (1989).
- Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetz (2013).
- Wiener Kinder & Jugendhilfe (2021). „Danke, dass Sie Missbrauch nicht herunterspielen“ Plakatserie. Stadt Wien.
- Wolff, R. Flick, U., Ackermann, T., Biesel, K., Brandhorst, F., Heinitz, S., Patschke, M. & Röhnsh, G. (2013). Aus Fehlern lernen. Qualitätsmanagement im Kinderschutz. Konzepte, Bedingungen, Ergebnisse. Opladen: Budrich.
- Wolfgruber, G. (2017). Von der städtischen Jugendfürsorge zur Kinder- und Jugendhilfe. Ideale und Realitäten. 1917 – 2017. 100 Jahre Wiener Jugendamt. Magistrat der Stadt Wien: Wien

Ein vielfach in der Forschungsliteratur bestätigter Belastungsfaktor ist Fluktuation. Für die Familien bedeutet hohe Fluktuation einen Mangel an Betreuungskontinuität und insbesondere bei resignierter Orientierung (s.u., III. a) auch geringere Betreuungsqualität. Während ein interner Wechsel z.B. in einen anderen Arbeitsbereich oder in eine Leitungsfunktion in der Logik der Verwaltung gar nicht als Fluktuation bzw. Wechsel wahrgenommen wird, zählt er für die Sozialarbeiter*innen der Regionalstelle eindeutig zur „Basisflucht“ (zur Bedeutung dieses metaphorischen Begriffes s.u., III. c).

b. Kommunikative Räume, Empowerment, Fach- und Qualitätsentwicklung

Partizipative Forschung ist Ausdruck von Wertschätzung und trägt bereits während des Forschungsprozesses zur Qualitäts- und Fachentwicklung bei. Der Prozess des Auswertens und Schreibens ermöglicht durch die Zusammenschau der vielfältigen Perspektiven neue Einsichten. Gruppendiskussionen (s.u., III), erweisen sich als eine der partizipativen Forschung sehr entsprechende Methode (vgl. Hilscher, 2021), da die Situation einerseits einer Teamsitzung ähnlich ist, andererseits aber durch die Anwesenheit der das Gespräch aufzeichnenden Forscherin etwas Neues entsteht: Das Gesprochene ist auch außerhalb dieses Raumes relevant und auch andere Teams werden gehört und beforscht. Durch den wiederholten, teamübergreifenden Austausch in der Phase der Auswertung, durch Rückfragen, sowie theoretische Inputs in Form von Studien entsteht eine breite Datenbasis von verschiedenen Regionalstellen und darauf aufbauend Selbstvergewisserung: „Ich bilde mir Belastung nicht ein, ich bin nicht zu schwach“, sondern viele Teams sind von belastenden Arbeitsbedingungen betroffen, es gibt eine gemeinsame Erfahrungsbasis (s.u., III. b), die sich wissenschaftlich im Rahmen der gemeinsamen Präsentation und Autor*innenschaft formulieren lässt. Damit werden „kommunikative Räume“ eröffnet (Anastasiadis & Wrentschur, 2019, S. 16), es findet ein Austausch zu kaum veröffentlichten Themen (Burnout, Mobbing, Teilzeitbeschäftigung) statt.

3. GRUPPENDISKUSSIONEN: KOLLEKTIVE ORIENTIERUNGEN UND HALTUNGEN

Es wurden vier Gruppendiskussionen mit Sozialarbeiter*innen in Regionalstellen der Wiener Kinder- und Jugendhilfe nach der dokumentarischen Methode (u.a. Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014) durchgeführt und partizipativ ausgewertet und reflektiert (Brousek et al., 2019). Zwei grundlegende Orientierungsmuster im Umgang von Sozialarbeiter*innen in den Regionalstellen mit Zeitdruck und hoher Arbeitsbelastung konnten rekonstruiert werden: Die resignierte Orientierung und die idealistische Orientierung.

a. Idealistische und resignierte Orientierung

Die idealistische Orientierung konnte bei einem Großteil der Sozialarbeiter*innen nachgewiesen werden: Handlungspriorität hat es - auch unter großem persönlichen Einsatz - im Sinne der Klient*innen und des Kinderschutzes aktiv zu sein. Das Formulieren von Idealen und Verbesserungsmöglichkeiten wird konsequent so eingebracht, dass den Familien möglichst gut, professionell und umfassend geholfen werden kann. Es gilt Kinderschutz aktiv handelnd umzusetzen. Die idealistische Orientierung geht damit einher, abseits der breiten öffentlichen Wahrnehmung, sich in die Lebenswelt von stark belasteten Familien einzufühlen und einzuarbeiten und Gefährdungspotentiale zu erkennen und abzuwenden. In diesem Zusammenhang wird auch die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit erörtert: Kampagnen, die die Arbeit „realistisch“ darstellen, werden gewünscht (s. hierzu die aktuelle Plakatserie: „Danke, dass Sie Missbrauch nicht herunterspielen“, Wiener Kinder- und Jugendhilfe 2021). Durchgängig zeigt sich in den Gruppendiskussionen die Orientierung am Kindeswohl, und dabei stets auch die Bereitschaft, die eigene Arbeit und die Bedingungen kritisch zu hinterfragen. Auch die Frage nach einer migrationssensiblen Kinder- und Jugendhilfe (vgl. Reinprecht, 2015) wird diskutiert.

Das Absichern der eigenen Arbeit u.a. durch Dokumentation kommt im maximalen Kontrast zur resignierten Orientierung als Handlungsmöglichkeit nicht in Betracht. Bei der resignierten Orientierung zeigt sich ein Abfinden mit der Arbeitsbedingung des Zeitmangels in der Form, dass keine initiative Sozialarbeit mehr geleistet wird.

b. Der gemeinsame Nenner: Grenzenlos zuständig und immer bereit

„Grenzenlos zuständig und immer bereit“ (Brousek, et al., 2019, S. 54) zu sein, erweist sich als gemeinsame Klammer über beide Orientierungen hinweg: In allen vier Regionalstellen ist die Unplanbarkeit des Arbeitsalltags und die Unmöglichkeit, sich abzugrenzen ein zentraler Aspekt der Belastung. Der Vergleich mit den Kolleg*innen innerhalb und außerhalb der Wiener Kinder- und Jugendhilfe lässt einen (Un-)Gerechtigkeitsdiskurs aufbrechen: „Alle anderen“ können sich erfolgreich abgrenzen und Fälle nicht annehmen.

c. Metaphernanalyse: Basis und Feuerwehr

Metaphern erzeugen wirksame Sprachbilder, die im Kontext in dem sie verwendet werden, einen „eigenen Sinngehalt“ haben, „sie fügen zusammen, was ansonsten getrennt ist“ (Staub und Seitz, 1998). Die (Selbst-) Bezeichnung „Basis“ wird in der Wiener Kinder- und Jugendhilfe vielfach und ganz selbstverständlich verwendet. In der Fachliteratur existiert dieser Begriff nicht. Es handelt sich um eine metaphorische (Selbst-)

Bezeichnung für die Mitarbeiter*innen, die direkt mit den Familien, Kindern & Jugendlichen arbeiten, aber nahezu keinen Einfluss auf Fallzahlen und die Auswahl ihrer Fälle haben. Die „Basis“ ist „grenzenlos zuständig und immer bereit“: Die Metapher impliziert ein unten und oben – ein dichotomes und hierarchisches Gefüge. „Die da oben“ sind das von der „Basis“ getragene Gegengewicht. „Basisflucht“ bezeichnet den internen Wechsel in weniger vulnerable Arbeitsbereiche. Eine ebenso weit verbreitete Metapher für die Sozialarbeit in der (Wiener) Kinder- und Jugendhilfe ist die Metapher der „Feuerwehr“ (vgl. Brousek, 1999), die das Arbeiten im Notfall und in der Gefährdungsabklärung ausdrückt.

4. INSTITUTIONELLE RAHMENBEDINGUNGEN, HERAUSFORDERUNGEN UND GEFAHREN

Sowohl für die (Ko-)Forscher*innen als auch für die Auftraggeber*innen, das Management und die Steuerung geht partizipative Forschung nicht nur mit Chancen und Potentialen (s.o., II), sondern auch mit einer Reihe von Herausforderungen und potentiellen Gefahren einher.

a. Verwaltungszusammenhänge, Machtverhältnisse und Konfliktkompetenz

Partizipative Forschung bedeutet für die Ko-Forscher*innen zusätzliche Arbeit in einer von Zeitmangel gekennzeichneten Arbeitssituation, sowie auch das Aufgeben jeglicher Anonymität als Beforschte. Es müssen Daten ausgewertet, Texte geschrieben und gelesen werden, neue Themen eingebracht (z.B. Zählweise der Fluktuation, s.o., II. a) und Fristen für den Endbericht und die Präsentation eingehalten werden. Insbesondere die Ko-Forscher*innen werden sowohl von der Leitung als auch den Kolleg*innen angreifbar. Überforderung, Scheitern und Ausstieg einzelner Ko-Forscher*innen muss als Risiko partizipativer Forschung mitgeplant werden. Schließlich braucht das Präsentieren von kritischen Forschungsergebnissen Mut und Präsentationskompetenz. Von den Auftraggeber*innen ist die Bereitschaft zum vertieften und intensiven Dialog nötig. Partizipation braucht Offenheit und Dialog. Aus Forschungsobjekten wurden Forschungsobjekte, die sich wissenschaftlich zu Wort melden und gehört werden wollen. Konfliktkompetenz und die Reflexion der Machtverhältnisse ist von beiden Seiten nötig.

b. Rollenklarheit: Weder „die von Unten“ noch „die von Oben“

Für partizipative Forschung ist Rollenklarheit entscheidend: Weder ist die Forscher*in eine „von Unten“ und „Freundin der unterdrückten Basis“ (s.o., III. c, zur Kritik an der Bezeichnung „Basis“) noch ist sie eine „rationale, besserwissende Instanz“, die über eine „objektive Perspektive von Oben“ verfügt. Mit den vielfältigen und gegensätzlichen Zuschreibungen, Erwartungen und

Übertragungen aktiv und reflektierend umzugehen, bedeutet die Forschungsarbeit zu vertiefen. An dieser Stelle zeigt sich Validität: Das Ausmaß in dem Kinder- und Jugendhilfeforschung zu einem gesellschaftlichen Wandel beiträgt (vgl. Flick & Hoppe, 2021, S. 19, daher die impact validity) und das Vermögen, die Wirklichkeit angemessen darzustellen (ebd., construct validity). Forschungssupervision und historisches Wissen über die (Wiener) Kinder- und Jugendhilfe sind neben Methoden-Knowhow nötig, um das Verhältnis zwischen Forschenden, Beforschten und Auftraggebern in produktiver Weise zu balancieren und „dialogische Qualitätsentwicklung“ (Wolff et al., 2013, S. 56) zu leisten.

5. AUSBLICK UND RESÜMEE

Das Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetz (2013) betont die Wichtigkeit der „Beteiligung“ (§26) von Kindern und Jugendlichen, ebenso die UN-Kinderrechtskonvention (Artikel 12). Partizipation von Kindern und Jugendlichen kann ohne die Partizipation von Mitarbeiter*innen nicht gelingen (vgl. Pluto, 2020). Neben der hier beispielhaft vorgestellten „participatory professional research“ (Anastasiadis et al., 2014) sollte in weiteren Forschungsprojekten der Kinder- und Jugendhilfe auch „participatory client research“ durchgeführt werden. Forschung innerhalb der eigenen Institution zu betreiben, kann einen wesentlichen Beitrag zur Fach- und Qualitätsentwicklung leisten.



Mag.a Elisabeth Brousek, Psychologin, arbeitet seit 1999 in der Wiener Kinder- und Jugendhilfe. Schwerpunkte: (Krisen-)Pflege, Pflegekinder, Verfahrensablauf bei Gefahr in Verzug, Geschichte der Kinder- und Jugendhilfe, 2016-2021 Mitherausgeberin der Zeitschrift für Beratungs- und Managementwissenschaft (<https://www.bildungsmanagement.ac.at/forschung-wissenschaft.html>), seit 2006 Lehrbeauftragte für qualitative Methoden

Mag.a DSA Verena Ruetz, Sozialarbeiterin, Kultur- und Sozialanthropologin, Gewinnerin des Johanna Dohnal Förderpreises 2010, seit 2008 tätig als Sozialarbeiterin bei der Wiener Kinder- und Jugendhilfe, seit Jänner 2020 Leitung der Regionalstelle 20

Anja Muhr, Sozialarbeiterin, Akademie für Sozialarbeit & Bakkalaureat Soziologie, seit 2015 als Sozialarbeiterin bei der Wiener Kinder- und Jugendhilfe

Martina Schranz, BA. Kolleg für Sozialpädagogik und Fachhochschule für Soziale Arbeit, seit 2006 als Sozialpädagogin und Sozialarbeiterin bei der Wiener Kinder- und Jugendhilfe

Kinderschutz in die Organisation implementieren



Die Plattform Asyl – FÜR MENSCHEN RECHTE schafft mittels Projekten, Vorträgen und Informationskampagnen ein stärkeres Bewusstsein für die Themen Flucht, Asyl und Menschenrechte in Tirol und ganz Österreich. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und geflüchteten Menschen Unterstützung anbieten zu können, wurde an einer neuen Kinderschutzpolicy für Patenschaftsprogramme gearbeitet.

Plattform Asyl

Seit 2016 werden Begegnungsräume zwischen in Tirol lebenden geflüchteten Menschen und in Tirol geborenen oder dauerhaft hier lebenden Menschen geschaffen. Mit dem Angebot Ertebat werden Patenschaften für unbegleitete geflüchtete Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis maximal 21 Jahren geknüpft. Mit Anfang 2021 wurde die Zielgruppe der Patenschaften für Kinder im Alter von 8-14 Jahren erweitert. Das im Herbst 2020 gestartete Pilotprojekt Ertebat Kids Patenschaften gab den Anstoß, sich als lernende Organisation spezifisch mit der Erarbeitung eines Schutzkonzeptes für die Patenschaftsprogramme zu befassen.

WAS WOLLEN WIR MIT DIESER KINDERSCHUTZPOLICY?

In diesem Organisationsentwicklungsprozess wurden Risiken identifiziert, Maßnahmen geplant und eine Professionalisierung zum Thema Gewalt initiiert. Wir haben damit das Thema Kindeswohl in allen Ebenen der Organisation eingeführt und eine Umsetzung in den Patenschaftsprogrammen etabliert. Das Ziel der Policy ist es,

- sexualisierte, physische und psychische Gewalt an Patenkindern und -jugendlichen möglichst zu verhindern
- und bei Gewalterfahrung die Aufdeckung zu fördern.
- Die in den Angeboten mitwirkenden Patenkinder sollen aber darüber hinaus nicht nur geschützt werden,
- sondern es soll ihnen ebenso praktisches Handwerkszeug für persönliche Weiterentwicklung mitgegeben werden.
- Wir wollen Handlungsmöglichkeiten von potentiellen Tätern und Täterinnen einschränken, anstatt Handlungsspielräume der Jungen und Mädchen zu begrenzen.

FÜR WEN IST DIESE POLICY?

Die Policy richtet sich an hauptamtliche Mitarbeiter*innen und den Vorstand sowie freiwillige Mitarbeitende, aber auch an Interessierte.

Diese Policy zielt auf den Schutz der Kinder und Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 8 bis 21 Jahren, die durch Angebote der Plattform Asyl begleitet werden.

(SEXUALISIERTE) GEWALT AN KINDERN UND JUGENDLICHEN ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHES PROBLEM

Wir haben mit unserer Policy folgende Gewaltformen im Blick:

Körperliche Gewalt richtet sich gegen den Körper und führt zu Schmerzen, Verletzungen oder sogar zum Tod des Kindes. Sie entsteht aus dem Effekt als Stress-, Belastungs- oder Überforderungsreaktion, kann aber auch gezielt als Erziehungsmittel eingesetzt werden.

Psychische Gewalt richtet sich gegen die Integrität und Würde eines Menschen und hat Einfluss auf dessen Selbstwert. Dies passiert u.a. durch wiederholte Ablehnung und die Vermittlung davon, dass die Person wertlos, schlecht, ungeliebt oder ungewollt ist.

Wenn das Kind Zeuge von Gewalt wird, die einem Familienmitglied widerfährt, erlebt es ebenfalls psychische Gewalt.

Sexuelle Gewalt, sexueller Missbrauch und sexualisierte Gewalt bezeichnet das bewusste Ausnutzen des Machtgefälles und Abhängigkeitsverhältnisses zur Befriedigung der eigenen sexuellen Bedürfnisse durch u.a. altersunangemessene Aufklärung, sexualisiertes Berühren oder Veranlassung des Kindes, die erwachsene Person zu berühren.

Strukturelle Gewalt meint ungleiche Machtverhältnisse und dadurch ungleiche Chancen. Gewalt, die durch gesellschaftliche Strukturen entsteht und Ungleichheitsprozesse begünstigt und fördert. Konkret zeigt sich in einer ungleichen Nutzung von Räumen und später u.a. in ungleicher Bezahlung bzw. Behandlung am Arbeitsmarkt.

Gewalt in Institutionen entsteht durch Macht, die von der Institution ausgeübt wird. Sie wenden Regeln an, die das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen nicht fördern, sondern im Gegenteil hemmen. So kann hier z.B. eine rigide Hausordnung in einer Einrichtung für geflüchtete Jugendliche gemeint sein, die den Jugendlichen den Zugang zu Internet und damit der Kontaktaufnahme zu Familienmitgliedern drastisch einschränkt.

Vernachlässigung bedeutet, dass die Bedürfnisse eines Kindes wissentlich nicht erfüllt werden. Eine neue Entwicklung ist die Wohlstands-Verwahrlosung: das Kind erhält alle materiellen Güter, aber keine emotionale Versorgung, Aufmerksamkeit und Liebe. Körperliche Vernachlässigung wiederum bedeutet, dass das Kind nicht angemessen mit Lebensmitteln, Hygiene und Wohnraum versorgt wird, wohingegen bei der erzieherischen Vernachlässigung die fehlende Interaktion, Fordern und Fördern gemeint ist.

Als neue Gewaltform gilt **Gewalt in digitalen Medien**. Aufgezeichnete Gewalthandlungen werden in digitalen Medien dargestellt und verbreitet und das Konsumieren beeinflusst das Kind. Zudem kann auch durch digitale Medien Gewalt angewendet werden, indem das Kind über diese Medien beispielsweise belästigt wird.

RISIKOFAKTOREN ERKENNEN UND BENENNEN

In einem mehrmonatigen Prozess haben Mitarbeiter*innen der Plattform Asyl mit Unterstützung der Kinderschutzzentren Tirol sowie der Österreichischen Liga für Kinder- und Jugendgesundheit das Kinderschutzkonzept erarbeitet. Dabei wurden Risikofaktoren in den unterschiedlichen Bereichen der Organisation identifiziert und herausgearbeitet. Das reicht von konzeptbedingten und organisatorischen Faktoren wie etwa sprachlichen Barrieren über gesellschaftlich bedingte Faktoren bis hin zu spezifischen Faktoren

unserer Zielgruppe wie etwa Flucht und Trauma sowie belastende Lebensverhältnisse (z.B. beengter Wohnraum, Aufenthaltsstatus).

Konkret wurde zunächst das 1:1 – Setting (ein Pate und ein Kind) als einer der größten Risikofaktoren benannt, dementsprechend gezielt und sorgfältig wählen wir unsere Paten und Patinnen aus. Zudem befinden sich die Kinder und Jugendlichen in intensiven Entwicklungsstadien, in denen sie besonders vulnerabel sind. Hinzu kommen die zu Beginn der Patenschaft meist noch eingeschränkten Sprachkenntnisse der Kinder und Jugendlichen wie auch ihrer Familien. Dies kann zu einem Abhängigkeitsverhältnis führen bzw. können Bedürfnisse und Grenzen und Gefühle nur eingeschränkt vermittelt werden.

PRÄVENTION UND SCHUTZ

Aufbauend auf diese herausgearbeiteten Risikofaktoren wurden Maßnahmen zur Risikominimierung erarbeitet. Zum einen auf der internen Ebene für hauptamtliche Mitarbeiter*innen (Verhaltenskodex, Strafregisterauszug, Qualifizierung der Mitarbeiter*innen im Bereich Kinderschutz, Kinderschutzbeauftragte festlegen) aber auch für Freiwillige und Kinder und Jugendliche (Empowerment, Beschwerdemöglichkeit). Es wurde ein internes und externes Beschwerdemanagement sowie ein konkreter Interventionsplan entwickelt.

WIE GEHT'S WEITER?

Schritt für Schritt wird das Konzept in die Organisation eingeführt. Bei den letzten Bewerbungsgesprächen war Kinderschutz bereits ein Thema, der Kinderschutz wurde in die Schulung der Pat*innen aufgenommen und es gab einen ersten Kinderrechtworkshop. Außerdem können wir uns zum Netzwerk „safe places Tirol“ zählen. Kinderschutz ist ein laufender Prozess, der ständig evaluiert werden wird und auch in Zukunft in allen Bereichen der Organisation weiterentwickelt wird.

Unser Bestreben ist es weiters, die Umsetzung eines solchen Konzepts nach außen zu tragen, um ein klares Statement zu positionieren

Wir sind uns bewusst: Gewalt kann überall und jederzeit passieren. Daher: HINschauhen, nicht WEGschauhen. Kinderschutz geht uns alle an.

Wir wollen damit auch andere Einrichtungen motivieren, sich mit dieser wichtigen Thematik (eingehend) zu befassen.

Für mehr Informationen:

www.schutzkonzepte.at
www.safeplaces.tirol
www.ecpat.at/kinderschutz



Bedarf niederschwelliger Angebote der Sozialen Arbeit in der Schultransition in Österreich

Der Übergang von der Volksschule in die Mittelschule bzw. AHS Unterstufe stellt für viele Schüler*innen eine herausfordernde Lebenssituation dar, in der es nicht nur zu strukturellen Veränderungen in Zusammenhang mit dem Schulwechsel kommt, sondern auch umgreifende Veränderungen des sozialen Umfeldes stattfinden können. Eine Analyse von 47 Interviews mit Stakeholdern in der Schultransition in Niederösterreich zeigte, dass manche Schüler*innen in dieser Phase besondere Unterstützung brauchen. Der sozio-ökonomische Hintergrund der Familie, ein Migrationshintergrund und der Wohnort können bei diesen Jugendlichen dazu führen, dass sie schwieriger Anschluss bei Gleichaltrigen finden, die eine wichtige Ressource sind, um den Schulwechsel gut zu bewältigen. Viele herkömmliche Angebote der Sozialen Arbeit greifen bei dieser Zielgruppe zu kurz.

Anna-Lena Mädge, Andrea Jesser

DER SCHULWECHSEL ALS HERAUSFORDERUNG

Tillmann (2017) bezeichnet Sozialisation als einen in unserer Gesellschaft vorwiegend im institutionellen Kontext stattfindenden Prozess. Schulen sind als Teil des Erziehungs- und Bildungssystems Institutionen mit pädagogischem Auftrag und gestalten die Sozialisation der Schüler*innen wesentlich mit. Nicht nur verbringen Schüler*innen einen großen Teil ihres Tages in der Schule, sie bewegen sich dort auch in einem strukturierten Kontext, in dem sie mit bestimmten Verhaltens- und Rollenerwartungen konfrontiert sind und mit einem gesellschaftlichen Normen- und Wertesystem vertraut werden [7].

Die Transition von der Volksschule in die weiterführende Sekundarstufe korrespondiert in Österreich mit der Entwicklungsphase der frühen Adoleszenz und stellt für Schüler*innen den Beginn eines Lebensabschnitts dar, welcher durch neue Rahmenbedingungen und erhöhte Anforderungen an die Selbstständigkeit gekennzeichnet ist [1]. Schüler*innen, die sich nicht kennen, treffen in den neuen Klassen aufeinander und stehen vor der Aufgabe, als Klassengemeinschaft zusammen zu finden und sich zugleich an ein neues Schulsystem anzupassen [2]. Die Schultransition kann von äußeren Risikofaktoren, wie Armut oder Trennung der Eltern, begleitet werden. Diese Risikofaktoren werden individuell unterschiedlich belastend erlebt [3], wobei das Herkunftssystem und das

begleitende Helfer*innensystem der Schüler*innen das Belastungserleben maßgeblich beeinflussen [4]. Auch soziale Unterstützung durch Gleichaltrige und positive Peerbeziehungen sind für das psychische Wohlbefinden am Übergang besonders bedeutsam [5].

Das Anliegen der hier vorgestellten qualitativen Arbeit ist es, zu verstehen, welche Lebensbedingungen für Schüler*innen in Niederösterreich während des Schulwechsels herausfordernd sind und wie vorhandene psychosoziale Angebote beim Übergang begleiten und unterstützen können. Sozial bedingte Ungleichheiten im Zugang zu gesundheitsfördernden Unterstützungsangeboten sollen sichtbar gemacht werden. Die Erkenntnisse der Forschung sollen in die Entwicklung eines Primärinterventionsprogramms der Forschungsgruppe D.O.T. – Die offene Tür – einfließen, mit dem Ziel, an den Bedarfen der Zielgruppe orientierte Interventionen anzubieten [6, 7].

STAKEHOLDER DER SCHULTRANSITION

Für die Forschungsarbeit wurden Stakeholder der Schultransition in Niederösterreich mit qualitativen Interviews befragt, darunter 16 Lehrer*innen, 16 Schüler*innen, 6 Sozialarbeiter*innen, 3 Beratungslehrer*innen, 2 Psycholog*innen, eine Fachkraft aus der schulischen Nachmittagsbetreuung und vier Eltern. Die teilnehmenden Schüler*innen wurden aus Schulstufen rekrutiert, die den Schulwechsel bereits abgeschlossen hatten und sich rückblickend erinnerten. Sie besuchten die Schulformen NMS, Gymnasium, ASO und HAK. Es wurden Interviewpartner*innen beider Geschlechter, mit und ohne Migrationshintergrund und aus verschiedenen Regionen des Bundeslandes ausgewählt, um ein möglichst breites Spektrum unterschiedlicher Erfahrungen abzudecken. Bei den Fachkräften wurde darauf geachtet sowohl Berufsanfänger*innen wie auch Personen mit mehrjähriger Berufserfahrung einzubeziehen.

STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN UND UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE AM ÜBERGANG

In Bezug auf strukturelle Veränderungen in Zusammenhang mit der Transition von der Volks- in die Sekundarschule wurden insbesondere erhöhte Anforderungen an die Selbstständigkeit der Schüler*innen, lange Schultage und der Wechsel von einer festen Bezugsperson hin zu vielen Fachlehrer*innen beschrieben.

„Die größte Veränderung ist, dass es nach dem Wechsel keine feste Bezugsperson mehr gibt, sondern Fachlehrer. Man muss sich seinen Ansprechpartner für Probleme selbst suchen.“
Int_03 – Lehrkraft

Die für das Erlernen der Unterrichtsstoffe benötigte Zeit nimmt stark zu, wodurch Treffen mit Freund*innen immer seltener möglich werden. Zugleich wurde von

allen befragten Teilnehmer*innen-Gruppen ein erhöhter schulischer Leistungsdruck geschildert.

„In der VS war weniger Druck und er konnte sich noch mehr mit Freunden treffen. Jetzt nimmt Schule viel Raum ein und ich finde den Druck extrem.“

Int_54 – Eltern

Dabei stellt die Integration in die neue Klasse eine zusätzliche Herausforderung für die Schüler*innen dar. Es wurde als schwer geschildert, Anschluss in der neuen Klasse zu finden, besonders, wenn sich bereits viele Mitschüler*innen aus der vorherigen Schule kennen. Aber auch Vorurteile, beispielsweise gegenüber neu zugezogenen Mitschüler*innen, können die Integration herausfordernd gestalten.

„Der Schulwechsel war für mich ein Horror, ich bin in die Klasse gekommen und habe gedacht: wo bin ich hier gelandet?“

Int_26 – Schüler*in

Deutlich wird in den Daten zur Schultransition, dass sich Schüler*innen mehr Unterstützung wünschen und Pädagog*innen mehr Ressourcen, um die Schüler*innen zu unterstützen. Diese von allen teilnehmenden Interviewgruppen als fordernd benannte Lebensphase kann zudem noch von herausfordernden Lebensbedingungen begleitet werden, die Einfluss auf die Schultransition nehmen und diese erschweren können. In den Interviews wurden insgesamt neun herausfordernde Lebenssituationen benannt:

- Mobbing,
- Trennung der Eltern / Alleinerzieher*innen,
- Versorgung und Pflege von Familienmitgliedern durch die/den Schüler*in,
- fehlende familiäre Unterstützung,

Demenzstudien MSc

Information: www.donau-uni.ac.at/demenz

Neurokognition und Soziale Kompetenz MSc

Information: www.donau-uni.ac.at/neuro/neurokog

Neurorehabilitation MSc

Information: www.donau-uni.ac.at/neuro/rehab

Donau-Universität Krems
Zentrum für Neurorehabilitation
andrea.muellner@donau-uni.ac.at
Tel. +43 (0)2732 893-2631



- Suchterkrankungen von Familienmitgliedern,
- psychische Gewalt gegenüber Schüler*innen in der Familie,
- Lernschwächen und Behinderungen,
- Todesfälle in der Familie
- psychische Erkrankungen von Familienmitgliedern

Oftmals schilderten die interviewten Schüler*innen, dass sie sich Unterstützung in dieser Zeit gewünscht, aber keinen Zugang zu entsprechenden Angeboten gehabt hätten.

UNGLEICHHEITEN DER BEWÄLTIGUNGSMÖGLICHKEITEN

Nicht alle Schüler*innen können die Herausforderungen am Übergang von der Volks- in die Sekundarschule gleich gut bewältigen. Nicht nur erleben manche Jugendliche zusätzliche Erschwernisse durch herausfordernde Lebensbedingungen (siehe oben); auch bestimmte sozio-demografische Charakteristika zeigten sich in der Analyse als relevant dafür, wie es Schüler*innen mit dem Schulwechsel geht und wie leicht oder schwer die Transition für sie ist. Von allen Teilnehmer*innen-Gruppen wurden die nachfolgend dargestellten soziodemografischen Charakteristika benannt, denen ein Einfluss auf die Möglichkeiten der Schüler*innen zur Bewältigung von Herausforderungen zugesprochen wurde.

- Wohnort

Soziale Verbundenheit mit Gleichaltrigen ist wichtig für einen gelingenden und positiv erlebten Schulwechsel. Die örtliche Nähe zu Schule und Freund*innen wurde in diesem Zusammenhang mehrfach als positiv für das

Aufrechterhalten von Freundschaften bewertet. Besonders dem ländlichen Raum wurde durch geringe Distanzen und zentrale Treffpunkte, zu denen es keine Alternative gibt, ein engerer sozialer Zusammenhalt zugesprochen, der auch über den Klassenverbund hinweg besteht.

„Ich habe mehr Kontakt mit den Kindern, die ich aus meinem Ort kenne als mit meinen Klassenkameraden. In den Pausen besuche ich die anderen Kinder aus meinem Ort (...)“
Int_15 – Schüler*in

Zugleich wurde die Kehrseite dieser Dynamik, d.h. eine erschwerte Integration von Schüler*innen aus anderen Gemeinden genannt. Neu hinzukommende Außenstehende würden oftmals nicht oder nur schwer Zugang zu bestehenden Netzwerken erhalten. Im ländlichen Bereich entstünden Freundschaften zudem oft aus einem guten Kontakt der Familien untereinander. Kinder aus Familien mit einem von der Gemeinschaft als negativ bewerteten Hintergrund, z.B. von Alleinerzieher*innen, hätten es oft schwerer, sozialen Anschluss zu finden.

Zusätzlich herausfordernd für Schüler*innen aus dem ländlichen Raum wurden lange Schulwege, zumeist ab der Sekundarstufe 1, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewältigt werden, eingestuft. Zugleich wurde der Schulweg von Pädagog*innen aber auch als Möglichkeit betrachtet, Freundschaften aufzubauen und sich Herausforderungen in der Peer Group zu stellen.

Für die Inanspruchnahme von professionellen psychosozialen Unterstützungsangeboten wurde der ländliche Raum als nachteilig betrachtet, da zumeist weniger Angebote verfügbar sind und für die Inanspruchnahme Fahrtwege entstehen. Einige der interviewten

Lehrer*innen gaben an, dass längere Wartezeiten für schulpsychologische Unterstützung oder Angebote des Kriseninterventionsteams einzuplanen sind.

Der urbane Lebensraum wurde als Vorteil für die Integration von Schüler*innen in Gruppen Gleichaltriger gesehen, vor allem wenn Schule und Wohnort nah beieinander liegen und es einfacher ist, bestehende Freundschaften nach dem Schulwechsel aufrechtzuerhalten. Auch Kontakte zu Freund*innen aus der Volksschule können junge Menschen beim Schulwechsel stärken. Des Weiteren wurden eine Stabilität des Wohnorts ebenso wie die örtliche Nähe zu Verwandten, im Besonderen zu Großeltern, als förderlich für den sozialen Zusammenhalt und das Eingehen von Freundschaften benannt, da sie beispielsweise neutrale Räume für Treffen mit Gleichaltrigen zur Verfügung stellen.

- Sozioökonomischer Status

In den Interviews wurde einerseits beschrieben, wie eine schlechte finanzielle Situation der Familie sich nachteilig auf die Bewältigung von schulischen Aufgaben und Leistungsanforderungen auswirken kann. So können nicht oder nur schwer externe kostenpflichtige Unterstützungsmöglichkeiten wie Nachhilfe in Anspruch genommen werden.

Andererseits wurde thematisiert, dass ein niedriger sozio-ökonomischer Status der Familie zu verringerten sozialen Teilhabechancen der Kinder führen kann und es für diese schwerer sein kann, in der Klassengemeinschaft Anschluss zu finden und den Übergang in die neue Schule gut zu bewältigen. Deutlich wurde dies besonders durch Aussagen zur Teilnahme an schulischen Angeboten wie Ausflügen und Klassenreisen, an welchen einige Schüler*innen aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht teilnehmen können. Angesprochen wurde zudem, dass Schüler*innen, die in finanziell gut gestellten Familien leben und im Vergleich zu anderen Kindern über eine bessere materielle Ausstattung (z.B. Kleidung, Spielzeug, Schulmaterial, etc.) verfügen, oft eine höhere Akzeptanz in der Gruppe erhalten und gerne von Mitschüler*innen besucht werden.

Demgegenüber beschrieben andere Interviewpartner*innen geringe finanzielle Mittel als förderlich für das Erleben sozialer Verbundenheit, da Schüler*innen aus diesen Familien eher interaktiven Freizeitbeschäftigungen wie Fußballspielen nachgehen, durch die Kontakte zu Gleichaltrigen entstehen, die wiederum beim Schulwechsel helfen können.

Problematisiert wurde, wenn Eltern aus finanziellen Gründen Vollzeit arbeiten müssen und ihre Kinder nicht (genug) beim Aufbauen und Aufrechterhalten von Freundschaften während des Schulwechsels unterstützen können, etwa durch gegenseitige Einladungen und Besuche.

„Eltern, die aus wirtschaftlichen Gründen viel arbeiten müssen und abwesend sind, sind kaum in der Lage, ihr Kind in der Aufnahme sozialer Kontakte zu unterstützen.“

Int_17 – Psycholog*in

- Migrationshintergrund

Der Migrationshintergrund von Schüler*innen wurde von vielen Interviewpartner*innen thematisiert und es wurde sichtbar, dass es aufgrund gesellschaftlicher Vorurteile und Vorbehalte dazu kommen kann, dass für Kinder mit Migrationshintergrund die Schultransition erschwert ist, insbesondere wenn es um Anschluss an die Klassengemeinschaft und Integration in die Peer-Gruppe geht. Vor allem im ländlichen Kontext, wo Kinder mit Migrationshintergrund zum Teil auch selten sind und schneller Außenseitercharakter haben, kommt es zu Stigmatisierungen und Exklusionsprozessen.

„Wir hatten im vergangenen Jahr einen Vorfall, bei dem ich glaube, wenn das Kind kein Flüchtlingskind gewesen wäre, wäre das ruhiger verlaufen. Das ist auf dem Land ein großes Thema, die Zugehörigkeit.“

Int_05 – Lehrkraft

Für den Aufbau von sozialen Kontakten sowie für die Unterstützung der Kinder untereinander wurden vor allem sprachliche Barrieren als hinderlich gesehen. Ebenso wurden phänotypische Eigenschaften wie Haut- und Haarfarbe von Schüler*innen mit Migrationshintergrund sowie kulturell bedingt unterschiedliche Auffassungen, beispielsweise das Einfügen in eine Gruppe betreffend, als erschwerend für die soziale Integration und in Konsequenz für eine gute Bewältigung des Übergangs genannt.

„Die Kinder müssen auch lernen, sich teilweise unterzuordnen. Es kommt natürlich auch darauf an, aus welchem Kulturkreis die sind, weil Männer aus muslimischen Familien, die sind mit sechs Jahren schon Machos.“

Int_18 – Hortpädagog*in

In den Interviews wurde angesprochen, dass sich Schüler*innen mit Migrationshintergrund selbst bei fließenden Deutschkenntnissen oftmals an Gleichaltrigen orientieren, die ebenfalls Migrationshintergrund haben, anstatt mit Schüler*innen ohne Migrationshintergrund soziale Kontakte zu schließen. Vorhandene gesellschaftliche Vorurteile gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund würden dazu zu führen, dass Eltern von Kindern ohne Migrationshintergrund sich gegen einen Kontakt zu ihren Kindern aussprechen. Kinder würden oftmals die (unbewusst kommunizierten) Einstellungen ihrer Eltern übernehmen und Vorurteile äußern, wie dass Flüchtlinge „böse und gefährlich sind sowie einem alles wegnehmen“ (Int_18), ohne jedoch selbst Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund zu haben.

In den Interviews fällt auf, dass von Interviewpartner*innen

QUELLEN

1. van Rens, M., et al., Facilitating a successful transition to secondary school:(how) does it work? A systematic literature review. Adolescent Research Review, 2018. 3(1): p. 43-56.
2. Lester, L. and D. Cross, The relationship between school climate and mental and emotional wellbeing over the transition from primary to secondary school. Psychology of Well-being, 2015. 5(1): p. 9.
3. Jürgens, B. and K. Lübben, Gruppentraining sozialer Kompetenzen für Kinder und Jugendliche GSK-KJ. 2014, Weinheim, Basel: BELTZ.
4. Schober, C. and J. Wögerbauer, Studie zur Entwicklung der Betreuungskomplexität von Kindern und Jugendlichen, W.-W. Wien, Editor. 2020: Kompetenzzentrum für Non-Profit-Organisationen und Social Entrepreneurship, Wien.
5. Koukoulis, S., I.G. Vlachonikolis, and A. Philalithis, Socio-demographic factors and self-reported functional status: the significance of social support. BMC Health Services Research, 2002. 2(1): p. 20.
6. Schrank, B., D.O.T. – Die offene Tür. psychopraxis. neuropraxis, 2018. 21(1): p. 45-49.
7. Mädge, A.-L., et al., Forschung verändert die Praxis – das Online Peer Encouragement Network. psychopraxis. neuropraxis, 2020. 23(6): p. 282-285.
8. Weigl, M. and S. Gaiswinkel, Blickwechsel - Migration und psychische Gesundheit, G. Österreich, Editor. 2019: Wien.
9. Kern, D. and S. Sagerschnig, Integrierte psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen. 2016, GÖG - Gesundheit Österreich: Wien.

immer wieder Bezug genommen wird auf den sozialen Status bzw. eine bestimmte (höhere oder niedrigere) soziale Schicht von Schüler*innen, dem bzw. der eine Relevanz für die Bewältigung der Schultransition zugesprochen wird. Nicht immer enthalten diese Aussagen Detaillierungen, die eine Zuordnung zu soziodemografischen Charakteristika (z.B. sozio-ökonomischer Status, Geschlecht, Migrationshintergrund, etc.) möglich machen. Wir schließen daraus, dass es ein komplexes Gefüge tief verwurzelter sozialer Unterschiede und Ungleichheiten gibt und dieses auf die Wahrnehmung und das Erleben des Schulwechsels wirkt. Insbesondere beziehen sich die Aussagen auf Fragen der sozialen Teilhabe und Integration in die (Klassen-)Gemeinschaft und Peer-Gruppe. Auch die gesellschaftliche Bewertung verschiedener Schulformen und entsprechende Stigmatisierung von Schüler*innen aus Mittelschulen wurde in diesem Zusammenhang angesprochen.

„Es gibt einen Klassenunterschied zwischen Gymnasium und NMS der, verbunden mit der örtlichen Distanz, zum Zerbrechen von Freundschaften führen kann.“

Int_08 – Schulsozialarbeiter*in

Als herausfordernd wurde geschildert, wenn Schüler*innen eine höhere Schulbildung als die Eltern erreichen (wollen), d.h. es um einen gesellschaftlichen/sozialen Aufstieg geht. Hier wurden Eltern mit Migrationshintergrund als hemmend geschildert, aber ebenso leistungsorientiert, weil starker Leistungsdruck ausgeübt wird, um den Kindern einen sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

DIE INANSPRUCHNAHME VON UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTEN

Deutlich wird in der Auswertung der Daten, dass es noch immer strukturelle Ungleichheiten beim Zugang zu psychosozialen Unterstützungsangeboten in Niederösterreich gibt. Die Daten zeigen, dass sich die beschriebenen soziodemografischen Charakteristika sowohl auf die Möglichkeiten der Bewältigung der Schultransition und der Integration in die Peer Group auswirken können, wie auch auf die Inanspruchnahme professioneller Unterstützung. Der Wunsch nach Unterstützung wurde in den Interviews häufig und von verschiedenen Stakeholdern geäußert, doch noch immer bestehen besonders für vulnerable

Gruppen Zugangsbarrieren. So stellt beispielsweise für Menschen mit Migrationshintergrund die Unkenntnis über Hilfsangebote ein Hemmnis für die Inanspruchnahme dar [8]. Hinzu kommt die als unübersichtlich zu bezeichnende Struktur der psychosozialen Versorgungslandschaft und fehlende Überleitungen zwischen den verschiedenen Unterstützungsangeboten [9], die auch anderen Zielgruppen den Zugang zu Unterstützung erschweren, oder anders betrachtet, es den Akteur*innen der Sozialen Arbeit erschweren, mit ihren Angeboten junge Menschen mit Unterstützungsbedarf zu erreichen und langfristige, sich über Transitionsphasen erstreckende, Unterstützung anzubieten. Beendet wird eine Begleitung oftmals durch ein Verlassen des Settings, z.B. der Schule oder durch das Erreichen eines bestimmten Alters, durch das Schüler*innen aus dem Angebot fallen (z.B. Erreichen der Volljährigkeit).

»Es gibt einen Klassenunterschied zwischen Gymnasium und NMS der, verbunden mit der örtlichen Distanz, zum Zerbrechen von Freundschaften führen kann.«

UNTERSTÜTZUNGSBEDARF

Besonders Lehrkräfte konnten in den Interviews den vorhandenen Unterstützungsbedarf klar einschätzen und benennen. Sie äußerten den Wunsch, Schüler*innen in dieser herausfordernden Transitionsphase mehr Hilfe anbieten zu können. Beispielsweise thematisierten sie, dass sie sich mehr Unterrichtsstunden für Fächer wie Soziales Lernen wünschen würden, um die Schüler*innen im Aufbau einer Klassengemeinschaft zu unterstützen, aber auch um Ressourcen für Streitschlichtung und Mobbingprävention zu haben.

„Es ist schwierig, sich als Klassenvorstand [Sekundarschule] Zeit zu nehmen, wenn keine Projektwoche oder Ähnliches ist. Man braucht Zeit, um sich mit Streitereien auseinander zu setzen und die ist selten da. Natürlich wird jeder Streit besprochen, aber selten im positiven Sinne, weil dafür zu wenig Zeit ist.“

Int_25 – Lehrkraft

Ebenso äußerten die Lehrkräfte Wünsche und Ideen, wie die Rahmenbedingungen für eine gelungene Schultransition aussehen sollten. In ihren Aussagen wird deutlich, dass eine gelungene Schultransition dann vorläge, wenn es gelingt, einen fließenden Übergang zu gestalten. Aktuell würden viele Schüler*innen einen (Um-)Bruch erleben.

„Wenn es einen langsamen Übergang geben würde, eine Verschränkung zwischen den Schulen, würde das eine (Um-)Bruchsituation vermeiden. Sodass vielleicht der Klassenlehrer der vierten Klasse noch eine oder zwei Stunden im ersten Schuljahr an der NMS unterrichtet. Dann wäre dieses Loslassen müssen nicht so stark.“

Int_05 - Lehrkraft

BEDEUTUNG FÜR DIE SOZIALE ARBEIT

Um zu erfahren, welche Bedeutung die hier dargestellten Ergebnisse für Praktiker*innen haben und welche Implikationen sich daraus für die Soziale Arbeit ableiten lassen, wurden die Ergebnisse mit Fachkräften der kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilung Hinterbrühl sowie Lehrkräften der BilinGo Privatschule Köln diskutiert, die nicht in die Datenerhebung involviert waren. Die zu den Forschungsergebnissen befragten Praktiker*innen konnten mit ihren eigenen Erfahrungen an die Inhalte der Analyse anknüpfen und identifizierten Ansatzpunkte für die Soziale Arbeit und Möglichkeiten für die Strukturierung von Unterstützungsangeboten. Diese wurden in erster Linie im Kontext Schule verortet, da hier alle Schüler*innen unabhängig von einflussnehmenden soziodemografischen Charakteristika erreichbar sind. Insbesondere für die Transition wurde ein Austausch zwischen Primar- und Sekundarschule als wünschenswert erachtet, um Lehrpersonal für Schwierigkeiten und Stärken einzelner Schüler*innen zu sensibilisieren und zu ermöglichen, schon während dem Übergang gezielte Unterstützungsangebote, insbesondere für Kinder aus unterstützungsärmeren

Familien, zu setzen. Austausch bezog sich dabei nicht nur auf schulische Leistungen und Anforderungen (z.B. in welchen Bereichen gibt es Lernschwierigkeiten, welche Lehrinhalte wurden bzw. werden im neuen Schuljahr vermittelt, etc.), sondern auch auf soziale Aspekte und Themen (z.B. welche Problemlagen sind bekannt, welche Unterstützung gibt es seitens der Familie, etc.).

Die Lehrkräfte der BilinGo Privatschule sahen eine Verantwortung bei den Lehrkräften, schulischen Leistungsdruck zu reduzieren und den Fokus der Arbeit auf die Förderung der Schüler*innen zu setzen. Anti-Stigma Kampagnen im schulischen Kontext könnten fördern, dass die Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten als „Normalität“ betrachtet wird und Schüler*innen deshalb nicht verurteilt oder ausgegrenzt werden. Benötigt würden verstärkt Angebote, die sich mit dem Thema der psychischen Gesundheit beschäftigen. Sofern diese nicht kostenfrei angeboten werden können, sollten die Kosten zumindest sozial verträglich (z.B. einkommensabhängig) gestaltet werden. Soziale Arbeit hat besonders durch die Schulsozialarbeit die Möglichkeit, Schulen und Schüler*innen hier zu unterstützen. Dafür müssen aber besonders gegenüber Fördergeber*innen die Bedarfe an Unterstützung der Schüler*innen klar kommuniziert werden, um den Schulen ausreichende personelle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung stellen zu können. Als Menschenrechtsprofession ist es die Aufgabe Sozialer Arbeit, den derzeit nicht wahrgenommenen Bedarf an Unterstützung von Schüler*innen während der Schultransition sichtbar zu machen.

Anna-Lena Mädge, MA

ist Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin mit langjähriger Erfahrung in der psychosozialen Versorgung. Als Netzwerk- und Stakeholder-Koordinatorin der Forschungsgruppe D.O.T. fördert sie den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis.



Dr.in Andrea Jesser

ist Psychotherapeutin in freier Praxis und forscht im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit sowie der Psychotherapiewissenschaften an der Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften und der Donau-Universität in Krems.



ogsaFORUM 2022

Vernetzungsplattform für Forschung, Theorie, Lehre und Praxis

21. März 2022

FH Burgenland, Campus Eisenstadt

Weitere Infos unter ogsa.at/forum2022



„Und wenn kein Kollege Zeit hat, ja dann verbringst du die Nacht halt in der Kälte.“

Ein Einblick in die Lebenswelt von wohnungslosen Jugendlichen in Vorarlberg

Jugendwohnungslosigkeit ist ein aktuelles Thema, welchem nicht nur im städtischen Bereich, sondern auch in ländlichen Gebieten mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Um einen Einblick in die Lebenssituation der betroffenen Heranwachsenden zu erhalten und um zu klären, ob eine adäquate Versorgungslage gewährleistet werden kann, wurden Jugendliche und junge Erwachsene, welche eine Zeit der Wohnungslosigkeit durchlebt haben interviewt. Zusätzlich sollte geklärt werden, ob die Angebote im Bundesland Vorarlberg als ausreichend für die Existenzsicherung dieser Gruppe angesehen werden können.

Claudia Kutzer

Die zentrale Erkenntnis der Arbeit ist, dass es wohnungslose Jugendliche und junge Erwachsene in Vorarlberg gibt, welche ihre basalen Bedürfnisse nicht stillen können. Dies kann auf eine institutionelle Versorgungslücke zurückgeführt werden, welche es der Soziale Arbeit erschwert, diese Adressat*innengruppe zu erreichen. Um diese Lücke zu schließen, hat sich das Land Vorarlberg im den Jahren 2019 und 2020 intensiv damit auseinandergesetzt, wie ein Angebot konzipiert und umgesetzt werden könnte, welches die betroffenen Jugendlichen erreicht und ihnen eine niederschwellige Möglichkeit bietet, Hilfe und Unterstützung zu finden. Auf Grundlage der Masterarbeit wurde im Juni 2021 die

Jugendnotschlafstelle „anker“ unter der Trägerschaft der koje (Koordinationsbüro für Offenen Jugendarbeit) in Dornbirn eröffnet. Der anker ist ein Notversorgungsangebot und bietet 6 Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 18 Jahren eine Schlafmöglichkeit und sie können dort zumindest ihre Grundbedürfnisse stillen. Die dort beschäftigten Sozialarbeiter*innen stehen ihnen zur Seite, wenn sie bei der Bewältigung existenzieller Krisen Unterstützung benötigen und bieten einen Schutzraum in bedrohlichen Lebenssituationen.

Somit wurde die Empfehlung, welche aus den Ergebnissen der Masterarbeit gewonnen wurden, zum großen Teil

umgesetzt. Das Ziel dieser Arbeit war es, die Lebenslage von wohnungslosen Jugendlichen in Vorarlberg zu beleuchten und abzuklären, ob eine adäquate Versorgung dieser Gruppen gewährleistet wird und werden kann.

Mit Hilfe des Gatekeeper-Prinzip wurden mit Jugendlichen und junge Erwachsenen Interviews geführt, welche in ihrer Zeit als Minderjährige eine Phase durchlebten, in der sie keinen festen Wohnsitz hatten. Es gelang, 7 Jugendliche (ab 14 Jahren) und 6 junge Erwachsene zu finden, welche sich bereit erklärten, ihren Lebensweg und ihre Erfahrungen zu teilen.

So wurde eine Vielzahl von Erkenntnissen gewonnen, die einen Einblick in die Lebenswelt dieser vulnerablen Gruppe erlauben. Dieser Artikel zeigt einen kleinen Ausschnitt in komprimierter Form.

BACKGROUND UND BIOGRAPHIE

Prekäre oder ärmliche Lebensverhältnisse werden oft als ein wichtiger Einflussfaktor für Probleme oder als Basis für ein späteres Zerwürfnis mit der Herkunftsfamilie angesehen.

Die Lebensgeschichten der Interviewpartner*innen sind unterschiedlich und vielfältig, sowohl was ihren Werdegang als auch die soziale und kulturelle Herkunft betraf, jedoch waren alle von Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Kurz zusammengefasst waren die Biographien geprägt von häuslicher Gewalt, Krankheit und Sucht in der Familie, Trennung oder Verlust der Eltern, häufigem Wohnungswechsel, Beziehungsabbrüchen, Abwertung durch Bezugspersonen und als Endpunkt Ausschluss bzw. Flucht aus dem Herkunftssystem. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 111-118)

WEGE IN DIE WOHNUNGSLOSIGKEIT

Hinsichtlich des Weges in die Wohnungslosigkeit gibt es zwei Typen.

Ein Teil der Interviewpartner_innen verlagerte den Lebensmittelpunkt schrittweise auf die Straße. Sie kehrten mehrfach nach Hause zurück bis zum endgültigen Abschied. In anderen Fällen kam es zu einem abrupten Beziehungsabbruch, meist nach einer Eskalation. Die Jugendlichen konnten und wollten nicht mehr nach Hause zurück und tauchten bei Freund*innen und Bekannten unter. Zwei der Betroffenen waren zu diesem Zeitpunkt 14 Jahre alt. In manchen Erzählungen zeigt sich eine Kombination der beschriebenen Einstiegsarten in die Wohnungslosigkeit. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 110f.)

Die Dauer und Häufigkeit der Wohnungslosigkeit variierten stark. Es gab Jugendliche, die nie mehr als ein paar Tage auf sich allein gestellt waren. Sie berichteten von mehreren derartigen Perioden über Jahre hinweg, in denen sie zwischen Zuhause bzw. Fremdunderbringung und Straße hin und her pendelten. Bei manchen handelt es sich um Monate oder gar Jahre ohne fixe Unterkunft. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 110)

STRUKTURIERUNG DES ALLTAGS

Der Alltag auf der Straße ist auf der einen Seite durch viel zu viel Zeit und Langeweile geprägt. Andererseits durch ständiges Unterwegssein, gepaart mit dem Stress, bis am Ende des Tages einen Schlafplatz oder eine Wohnmöglichkeit zu finden. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 120)

Wie so ein Tag abläuft und an welchen Orte sich die Jugendlichen aufhalten, hängt stark von der Peergroup ab. Je nach Interessen und (finanziellen) Möglichkeiten, die das soziale Netzwerk bietet, gestaltet sich die Alltagsbewältigung und die Art der Beschäftigung. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 124-128)

»Prekäre oder ärmliche Lebensverhältnisse werden oft als ein wichtiger Einflussfaktor für Probleme oder als Basis für ein späteres Zerwürfnis mit der Herkunftsfamilie angesehen.«

Eine unverzichtbare Ressource zur Bewältigung und Organisation des Alltags ist ein Handy mit Guthaben bzw. mit Zugang zu einem offenen WLAN. Es ist das Kommunikationsmittel, das es ermöglicht, Kontaktlisten durchzuarbeiten oder in sozialen Netzwerken Kolleg*innen anzuschreiben, bis z.B. eine Übernachtungsmöglichkeit gefunden wird. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 121)

BEDÜRFNISSE UND HERAUSFORDERUNGEN

Die Hauptherausforderung im Alltag ist die Deckung der körperlichen Grundbedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Hygiene und Schlafen). Somit stehen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen täglich erneut vor einer existenziellen Problemlage, für deren Bewältigung sie viel Kreativität und soziale Kompetenz benötigen.

Die Beschaffung einer Wohn- und Übernachtungsmöglichkeit ist ein zentraler Bestandteil des Alltags. Dabei kann zwischen längerfristigen und kurzfristigen Wohn- und Übernachtungsmöglichkeiten unterschieden werden. Betroffene, die es schaffen, sich eine längerfristige Wohn- und Übernachtungsmöglichkeit zu organisieren, haben es wesentlich leichter, ihre Grundbedürfnisse zu stillen und ersparen sich somit einiges an Stress. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 121)

Jedoch müssen für eine sicheren und guten Schlafplatz zum Teil Gegenleistungen gegenüber dem/der Unterkunftsgeber*in erbracht werden. Diese reichen von Nachhilfe beim Lernen über Mithilfe im Haushalt bis hin zu sexuellen Gefälligkeiten. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 121)

Ein entscheidender Faktor für die Bewältigung und die Qualität des Lebens ist die finanzielle Lage der Personen. Hier kommt es stark auf das Alter der Betroffenen an. Minderjährige unter 15 Jahren sind vom Unterstützernetzwerk (Verwandten, Freund*innen oder Kolleg*innen) abhängig, da sie noch nicht arbeiten dürfen. Danach besteht zumindest die Möglichkeit von Arbeit und Einkommen, doch es gelang den Interviewpartner*innen meist nur mit erheblichem Aufwand, eine Arbeitsstelle zu finden und diese dann auch zu behalten. Denn ohne Wohnsitz ist es äußerst schwer, eine Arbeit zu finden und diese zu behalten. Manche der Betroffenen hatten das Glück, Unterkunftsgeber*innen zu finden, welche sie nicht nur durch einen Schlafplatz, sondern auch anderweitig unterstützten. Ein weiterer Weg, um an Geld zu kommen ist, Freund*innen, Familien, Bekannte oder in weiterer Folge auch Passant*innen und somit unbekannte Personen um Geld oder Essen zu bitten. Ein Teil der Jugendlichen begannen in Geschäften, zuerst Lebensmittel und Kleidung und in weiterer Folge auch andere Dinge, die sie sich nicht

leisten konnten, zu stehlen. Ein weiterer Weg, vor allem für männliche Wohnungslose, ist die Geldbeschaffung über Diebstähle, Einbrüche und Drogenhandel. Sie lassen sich von kriminellen Banden rekrutieren, die ihnen im Gegenzug Geld, Unterkunft und Schutz anbieten. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 128-131)

GEFÄHRDUNG UND RISIKOFAKTOREN

Das Leben in der Wohnungslosigkeit bringt unweigerlich verschiedenste Risikofaktoren und Gefährdungssituationen mit sich.

Zum einen kommt es zu körperlichen Beschwerden und dauerhaften gesundheitlichen Schädigungen auf Grund der ungesunden Lebensweise, die durch Unter- oder Mangelernährung, Alkohol- und Drogenkonsum oder den Begleiterscheinungen wie Kälte im Winter oder körperlichen Übergriffen gekennzeichnet sind. Die Lebensumstände in der Wohnungslosigkeit und deren psychische Belastung führen bei manchen der Betroffenen zu Schlafstörungen, Angstattacken, selbstverletzendem Verhalten (z.B. Ritzen) oder depressiver Verstimmung. Einige der Interviewten litten infolge der Obdachlosigkeit an einer Depression und mussten sich deshalb in psychiatrische Behandlung begeben. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 131)

Das Risiko von Gewalt ist auf der Straße bzw. in den Kreisen, in den sich die wohnungslosen Jugendlichen bewegen, ein Teil des Lebens. Die Formen der Gewalt reichen hier von gewaltsamem Diebstahl aller Habseligkeiten (teilweise mit Waffengewalt) über Gewalt von Passant*innen und Gewalt in der Gruppe bis hin zu sexueller Belästigung und sexuellen Übergriffen. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 132) Ein weiteres Risiko ergibt sich durch den Umgang mit Sex als Gegenleistung z.B. für eine Unterkunft. Bei ungeschütztem Geschlechtsverkehr besteht stets das Risiko von Geschlechtskrankheiten oder ungewollter Schwangerschaft. Die Betroffenen nehmen dieses Risiko in Kauf, damit sie ihre Bedürfnisse decken können. Einige der Betroffene begeben sich in Zweck- oder Zwangsgemeinschaften mit Personen aus der Szene, um so einen gewissen Schutz und Lebensstandard zu erhalten und werden in weiterer Folge zum Teil der Prostitution zugeführt. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 132)

Auch der Konsum von Suchtmittel (Nikotin, Alkohol, andere Drogen) ist mit Risiken behaftet. Hier zeigte sich hinsichtlich des Konsums ein breites Spektrum. Alle Interviewpartner*innen begannen bereits im frühen Jugendalter, Zigaretten zu rauchen, in weiterer Folge kam es dann meist zum Konsum von Alkohol und/oder anderen (illegalen) Drogen. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 133)

Der Kontakt und Konsum von illegalen Rauschmitteln bringen zwangsläufig das Risiko mit sich, in Konflikt mit dem Gesetz zu kommen. Bei der strafrechtlichen

Verfolgung ist zusätzlich erschwerend, wenn den Betroffenen neben Konsum und Besitz zusätzlich der Verkauf (Dealen) nachgewiesen wurde. Dies kann bei Volljährigen zu einer Vorstrafe und Geldbußen führen und Minderjährige können dazu verpflichtet werden, Sozialstunden abzuleisten.

Auf Grund der prekären finanziellen Lage der Betroffenen können gerichtlich Geldstrafen nicht beglichen werden, was zu einer Verschuldung führt. Doch das Risiko einer Verschuldung beschränkt sich nicht ausschließlich auf die Folgergerichtlicher Strafverfahren. Weitere Schuldenfallen sind z.B. Verträge für Handys, Internet oder Fitnessstudios, die abgeschlossen werden und dann nicht gezahlt werden können. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 131-134)

CONCLUSIO

Es gibt in Vorarlberg Jugendliche, die sich für einen alternativen Lebensstil und für ein Leben in der Wohnungslosigkeit entscheiden. Dies sollte als eine Problemlösungs- und Überlebensstrategie gesehen und zudem als ein wichtiger Schritt und Versuch zur Veränderung oder Verbesserung der Lebenssituation verstanden werden. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 197) In dieser Situation kommt es zu einer Überforderung aller Beteiligten, sowohl der Heranwachsenden, der Familien und als auch des Helfer*innensystems. Entscheidend ist darauf zu achten, dass der Kontakt zu dieser vulnerablen Gruppe nicht komplett verloren geht und dass das Helfer*innensystem neue Wege findet, um sich an die Problemlage anzupassen, anstatt Jugendliche als unbetreubar zu deklarieren, um so eine Begründung zu finden, warum keine Hilfe angeboten werden kann. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 197f.)

Es sollte zu keinen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsprozessen kommen, aufgrund problembehafteter Biographien oder weil sich Jugendliche nicht an vorgegebenes Normverhalten anpassen wollen und können. Die Soziale Arbeit muss erkennen und für die Gesellschaft sichtbar machen, dass es sich hier um strukturelle und soziale Problemlagen und nicht um individuelles Versagen der Heranwachsenden handelt. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 197)

In Vorarlberg gibt es Jugendliche, die ihre basalen Bedürfnisse nicht decken können. Dies hat physische und psychische Gesundheitsfolgen und führt nicht selten zum Verlust von sozialen Kontakten. Was zugleich als ein Grund dafür gesehen werden kann, warum die Soziale Arbeit sie so schwer erreichen kann. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 193)

Ein spezifisches Angebot für wohnungslose Jugendliche und junge Erwachsene sollte konzipiert und umgesetzt werden, um diesen Kontakt und eine psychosoziale Begleitung zu gewährleisten. In den meisten anderen

Bundesländern in Österreich wurde dies bereits erkannt und es sind Notschlafstellen und andere Angebote mit niederschwelligem Ansatz erfolgreich installiert. In Vorarlberg gibt es zwar bereits niederschwellige Angebote wie die offene Jugendarbeit, die nachgehende Sozialarbeit in Form von Streetwork, nachgehende sozialpädagogische Betreuung, eine Krisenwohngruppe oder ambulant betreutes Wohnen. Jedoch beschränken oder verhindern die bestehenden Rahmenbedingungen (Kapazitäten, Räumlichkeiten, Auftrag) der Institutionen die Arbeit mit wohnungslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 195)

Es gibt eine Versorgungslücke, welche durch die Installation und gesicherte Finanzierung einer intensiven, nachgehenden Betreuung und Begleitung von gefährdeten Jugendlichen geschlossen werden kann. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 197f.)

Durch einen Ausbau bzw. die Erweiterung von bestehenden Unterstützungsmaßnahmen und Projekten, vor allem auch durch niederschwellige Angebote, wird es möglich, Jugendlichen eine lebensweltorientierte, adäquate und professionelle Unterstützung in ihrer Lebens- und Alltagsbewältigung zu bieten. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 197f.)

Zusätzlich ist es notwendig, ein niederschwelliges Versorgungs- und Schlafangebot zu schaffen. (Vgl. Kutzer & Schuster 2018: 198)

Vorarlberg ist eines der reichsten Bundesländer Österreichs, dementsprechend sollte es möglich sein, den Schutz und die Entwicklungschancen von Heranwachsenden zu sichern. Dabei darf kein Unterschied gemacht (Biographie, Herkunft u.a.) werden und es sollte alles dafür getan werden, damit allen Kindern und Jugendlichen eine gute Zukunft ermöglicht wird.

Claudia Kutzer BA MA

Bachelorstudium Soziale Arbeit und Masterstudium Interkulturelle Soziale Arbeit an der FHV in Dornbirn.



Ihre bisherigen Arbeitsschwerpunkte liegen im Handlungsfeld Kindheit/Jugend mit Erfahrungen im Bereich der stationären Kinder- und Jugendhilfe und Offenen Jugendarbeit.

Die Supervisions-Lehrgänge der FH Burgenland starten wieder!

ASYS bietet ab März 2022 wieder das umfassende Fort- und Weiterbildungsprogramm an, das zwei akademisch anerkannte Abschlüsse ermöglicht:

Akademische/r systemische/r Supervisor/in & Coach *

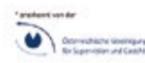
MSc Systemische Supervision & Coaching *

Weiters besteht die Möglichkeit den zweisemestrigen Beratungslehrgang **Zertifizierte systemische Beratung** von ASYS zu absolvieren.



Ausbildungsberatung & Lehrgangsleitung ASYS
DSA Mag. (FH) Klaus Wögerer
0650 8003053, klaus.wogerer@asys.ac.at

www.asys.ac.at





Rudi Rögner

SOZIALE ARBEITSSPLITTER

AK: MIT HILFSFONDS GEGEN DELOGIERUNGEN

Mit der Delogierungsprävention hat ein weiteres Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit mediale Aufmerksamkeit erlangt. Die Arbeiterkammer nahm sich des Themas an und rechnet nun vor, dass sich die Zahl der Delogierungen gegenüber dem Vorjahr verdoppeln könnte und rund 26.000 Menschen davon betroffen wären.

Die Mietstundungen wegen Corona liefen nämlich Ende März 2021 aus. Bei der Caritas Wien erhöhten sich die Vorsprachen wegen Miete im ersten Halbjahr um 17 Prozent.

Der von der AK geforderte Hilfsfond dürfte nun Realität werden, die Bundesregierung sagte 24 Millionen Euro zu, erste Auszahlungen könnten gegen Jahresende möglich sein.

Die AK rechnet auf ihrer Homepage vor, welche Folgekosten eine Delogierung nach sich ziehen kann. Die Rechnung beginnt mit einem durchschnittlichen Mietrückstand von 2.500 Euro, zählt die Verfahrenskosten, die Räumung, die Einlagerung der Möbel, den Verlust der Investitionskosten (Küche), den folgenden Leerstand der Wohnung, die Unterbringung der Mieter*innen in einer Einrichtung der Wohnungslosenhilfe und die Betreuung durch Sozialarbeiter*innen dazu und kommt auf 30.900 Euro.

Laut AK könnte es auch nötig sein, den Hilfsfonds auf 100 Millionen aufzustocken.

Aus: wien.orf.at/stories/3116716; arbeiterkammer.at/hilfsfonds

NEUE STUDIE ZUR UNGEWOLLTEN ARBEITSLOSIGKEIT

In der medialen Diskussion über die Arbeitslosigkeit kommt die Sichtweise der Betroffenen selbst oft zu kurz. Das Momentum-Institut beauftragte daher das Sozialforschungsinstitut Sora mit einer Studie, deren Ergebnisse Anfang September dieses Jahres präsentiert wurden. In den Monaten Mai und Juni wurden 1.844 zufällig ausgewählte Menschen über 15 Jahren telefonisch

befragt, zwei Drittel davon waren arbeitslos und der Rest unselbständig erwerbstätig.

Im ersten Teil beschäftigt sich die Studie mit der schlechten finanziellen Situation, da die Nettoersatzrate ja in Österreich nur bei 55 Prozent liegt. Setzt man die AMS-Leistung in Relation zur Armutsgefährdungsgrenze, die heuer bei 1.328 Euro liegt, leben 51 bis 66 Prozent der Arbeitslosen (je nach Haushaltsform) in einem armutsgefährdeten Haushalt. Das führt dazu, dass 58 Prozent der Arbeitslosen auf ihre Ersparnisse zurückgreifen und 23 Prozent ihre Freund*innen oder Familienangehörigen um Geld bitten müssen. Als weitere Überbrückungsmöglichkeiten werden der Gelegenheitsarbeiten (31 %), Kontoüberziehung (18 %) oder Verkäufe auf Ebay, willhaben.at oder Flohmärkten genutzt.

Die Studie weist auch die Einschätzung, wonach die Arbeitslosigkeit frei gewählt sei, in den Bereich der Vorurteile. Denn nur acht Prozent haben selbst gekündigt und bei vier Prozent kam es auf eigenen Wunsch hin zu einer einvernehmlichen Lösung. Drei Viertel der Arbeitslosen wurden demgegenüber auf Grund betrieblicher Umstände arbeitslos, auf die sie keinen Einfluss hatten.

Auch bezüglich der Bewerbungen seien die Betroffenen viel aktiver, als es in den Medien dargestellt werde, denn 83 Prozent berichteten von Bewerbungen in den letzten vier Wochen. In den ersten Monaten kommt auf sechs Bewerbungen eine Einladung zu einer Vorsprache, bei langer Arbeitslosigkeit allerdings nur noch auf 16.

Demgegenüber meinten die Berufstätigen, dass nur zwei Drittel der Arbeitslosen einen Job suchen würden. Weiters sei die Schwarzarbeit sehr verbreitet. Tatsächlich würden dies Studien zufolge nur weniger als 10 Prozent machen. Lukas Lehner, Sozialforscher an der Oxford University, hatte die Studie begleitet und sagte, dass der Druck auf Arbeitslose in Österreich sehr hoch sei. Einen Hauptgrund für die hohe Zahl an offenen Stellen sieht er in der überaus raschen Erholung der Wirtschaft. Es werde halt einige Monate dauern, bis Jobs und Arbeitslose zueinander finden. Weiters wäre die Corona-bedingte Arbeitslosigkeit für viele eine Gelegenheit zum Wechsel aus den Branchen

Gastronomie/Tourismus hin zu besser bezahlten und sichereren Branchen gewesen. Die Arbeitskräfteknappheit könne auch ein Anstoß für die Firmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sein.

Aus: sora.at/nc/news-presse/archiv.html; oesterreich.orf.at/stories/3119573

NEUE FREIWILLIGENBÖRSE DER CARITAS

Ende Juli dieses Jahres gab die Caritas die Gründung einer neuen österreichweiten Freiwilligenbörse bekannt. Interessierte können unter www.caritas.at/freiwillig nach Postleitzahl oder Bezirk den gewünschten Einsatzort suchen, wählen die Art der Tätigkeit unter Vorschlägen wie Besuchsdienst, Büro oder Freizeitgestaltung, geben ihre Kompetenzen ein (Führerschein, ...) und suchen sich die Zeit nach Wochentag und Tageszeit aus.

In der Caritas sind derzeit 57.000 Freiwillige tätig und arbeiten in 1.600 Projekten und Einrichtungen mit.

Aus: caritas.at/ueber-uns/news/detail/news/88902-caritas-startet-oesterreichweite-freiwilligenboerse

PFLICHT ZUR TRANSPARENZ AUCH BEI NGOS

Die Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland e.V. begann 2010, sich für mehr Transparenz bei gemeinnützigen Organisationen und Vereinen einzusetzen. Die Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ) wurde gegründet und unterstützt seither NGOs bei ihren Bemühungen zu erhöhter Transparenz. Seither haben sich ihr 1519 Organisationen angeschlossen. Diese verpflichten sich in zehn Punkten, die Öffentlichkeit über die eigene Homepage und über jene der ITZ zu informieren. Das beginnt bei Name, Adresse und Statuten, geht über den Vereinsvorstand, die Tätigkeitsberichte und die Herkunft der finanziellen Mittel und reicht bis zu rechtlichen Verbindungen zu Dritten und Angaben über GroßspenderInnen.

Das ITZ sieht seine Aufgabe in der Unterstützung bei der Einführung der Transparenzregeln für neue Mitglieder

und in der stichprobenartigen Kontrolle der Einhaltung eben dieser.

In Deutschland existieren 608.000 eingetragene Vereine. Damit deckt die ITZ mit ihren 1.519 Unterzeichnenden nur einen kleinen Teil ab. Sie kommen aber aus allen Bundesländern, die Liste reicht von Tierschutzvereinen über Selbsthilfegruppen bis zu Umweltinitiativen oder großen Wohlfahrtsverbänden.

Kürzlich wurde beschlossen, auch jenen NGOs den Zugang zu gewähren, denen beispielsweise aus formalen Gründen der Gemeinnützigkeitsstatus entzogen wurde, oft weil sie sich zu kritisch geäußert hatten (z.B. Attac oder Change.org).

Die ITZ wird von elf Organisationen getragen, unter denen sich verschiedene Dachverbände bzw. Bundesverbände oder das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen befinden. Im Hinblick auf ihr Ziel einer Stärkung der Zivilgesellschaft durch mehr Transparenz sieht sie sich auf einem guten Weg, da fast täglich weitere NGOs beitreten.

Aus: *Soziale Arbeit* 9.2021; transparency.de/mitmachen/initiative-transparente-zivilgesellschaft/

DEUTLICH HÖHERES BURNOUT-RISIKO IN DER SOZIALARBEIT WEGEN CORONA

Die Hochschule für Soziale Arbeit Nordwestschweiz in Olten führte Ende 2020 eine Studie im Auftrag von AvenirSocial (Schweizer Berufsverband der Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen) zur Arbeitsbelastung in der Pandemie durch. Von den 3.507 mittels Fragebogen Teilnehmenden erleben 45 Prozent ihre berufliche Situation als belastend und 17 Prozent als sehr belastend.

Die Fragebatterie nach der emotionalen Erschöpfung wurde der schweizerischen Gesundheitsbefragung entnommen und stellt somit einen validen Indikator für Burnout dar. Damit ist das Ergebnis, wonach ein Drittel von einem starken Risiko, an Burnout zu erkranken betroffen ist, besorgniserregend. Denn bei der Gesundheitsbefragung 2017 waren es noch 22 Prozent, nun sind es 31.

Auch bei den körperlichen Beschwerden zeigen sich negative Veränderungen gegenüber 2017. Genannt werden allgemeine Schwäche, Energielosigkeit und Müdigkeit. Manche berichten über Schlafprobleme, Kopf- und Rückenschmerzen. Im Vergleich zu 2017 verdoppelte sich dieser Wert.

Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass ein großer Teil gut mit der veränderten Situation beispielsweise dem ausgedehnten Home-Office und dem vermehrten Umgang mit digitalen Technologien zurechtgekommen ist. Viele konnten auch Veränderungen benennen, die durch die Corona-Krise angestoßen wurden und danach beibehalten werden sollen.

Somit ergibt sich laut Autor*innen eine Zweiteilung unter den Befragten einerseits den großen Teil an Sozialarbeitenden, die mit der Situation einigermaßen gut klarkommen und andererseits einen ebenfalls großen Teil, der unter Belastungen leidet und von besorgniserregenden gesundheitlichen Folgen betroffen ist, deren Ausmaß diskutiert werden muss.

Dennoch präsentiert sich „die Soziale Arbeit als eine Profession, die sich diesen Herausforderungen stellt und versucht, die sich eröffnenden Optionen zu ergreifen und zu nutzen“.

Aus: *SozialAktuell August 2021; fhnw.ch/plattformen/sozialarbeitcovid19pandemie/ergebnisse/*

INTEGRATIONSBERICHT 2021 ZU ARBEITSMARKT UND KINDERGÄRTEN

Bereits zum elften Mal wurde ein Jahresbericht von der Integrationsstaatssekretärin und der Vorsitzenden des Expertenrats für Integration Katharina Pabel (Professorin für Recht an der WU Wien) präsentiert.

Beim Corona-Schwerpunkt zeigt das statistische Material, was man schon beobachten konnte. Ausländische Arbeitskräfte waren vom Rückgang mehr betroffen als inländische und Frauen mehr involviert als Männer. Besonders arg traf es Frauen mit bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit und ausländische Jugendliche. Laut Pabel hänge die stärkere Betroffenheit auch mit der Branche zusammen, weil der Migrant*innenanteil im Beherbergungs- und Gastronomiesektor mit 45 Prozent besonders hoch sei.

Um diesen Problemen zu begegnen, empfiehlt der Expertenrat den Fokus auf die Qualifizierung zu legen, auch in den Bereichen Technik und IT. Es sollten die Menschen mit Migrationsgeschichte nicht primär als günstiges Reservoir an Arbeitskräften gesehen werden (z. B. 24-Stunden-Pflegerinnen). Da Frauen als Multiplikator*innen im Integrationsprozess fungieren können, sollten sie hier im Mittelpunkt stehen.

Auch im Bildungsbereich waren migrantische Familien verstärkt von der Pandemie betroffen, wobei hier nur der Vorschlag Pabels zum Kindergarten erwähnt sei. Sie möchte diesen wie andere Staaten viel stärker als Bildungseinrichtung sehen und erreichen, dass die Kinder aus Migrant*innenfamilien schon ab drei Jahren ganztägig den Kindergarten besuchen, unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern.

Schließlich hätten 30 Prozent der Kinder in diesem Alter eine andere Umgangssprache als Deutsch, in Wien sogar 60 Prozent.

Aus: bundeskanzleramt.gv.at/agenda/integration/integrationsbericht.html; derstandard.at vom 10.6.2021

SOZIALHILFE: AUCH POSITIVE VERÄNDERUNGEN

Im September dieses Jahres veröffentlichte die Statistik Austria die österreichweiten Zahlen für 2020. Demnach erhielten 260.114 Personen eine Leistung. Die Zahl der Bezieher*innen sank gegenüber 2019 um 2,8 Prozent. Damit setzt sich laut dieser Behörde ein Trend der letzten Jahre fort, der 2017 begann und mit dem Wirtschaftswachstum zusammenhängt.

Für diese Leistungen wurden im Vorjahr 959 Millionen Euro aufgewendet, hier kam es zu einer Steigerung und zwar um fünf Prozent. Dass sich die Ausgaben auf Grund der Corona-Pandemie nicht in viel größerem Ausmaß erhöhten, wird auf die anderen Maßnahmen zur Krisenbewältigung zurückgeführt, wie Einmalzahlungen an Arbeitslose, vorübergehende Erhöhung der Notstandshilfe, Kurzarbeit, Zuschüsse an Betriebe u.a.m..

Im Juli 2021 trat auch in Wien eine Novelle im Zuge der Anforderungen des Grundsatzgesetzes des Bundes in Kraft. Der Name Mindestsicherung wurde beibehalten, es finden sich darin einige positive Klarstellungen. Gutschriften aus der Arbeitnehmer*innenveranlagung oder der Familienbonus plus werden nicht angerechnet. Der Vermögensfreibetrag erhöht sich auf den sechsfachen Mindeststandard (dh. 6 x 949,46 €) und wenn die Bezieher*innen in ihrer Eigentumswohnung wohnen, veranlasst der Magistrat erst nach drei Jahren eine Eintragung ins Grundbuch. Auf der anderen Seite wurden die Sanktionsmöglichkeiten insofern verschärft, als eine Kürzung um 100 Prozent möglich ist, wenn keine Arbeit gesucht wird.

Ein 19minütiges Erklärvideo auf Youtube hilft in den Sprachen Deutsch, Türkisch, Arabisch, BKS, Albanisch, Rumänisch und Englisch beim Ausfüllen des Antrags.

Aus: statistik.at/web_de/presse/126715.html; [KooperationspartnerInneninfo der MA 40](https://www.kooperationspartnerinneninfo.derma40.at); [youtube.com](https://www.youtube.com) > *Mindestsicherung Wien*

Bücher



Helmut Bonney

Rohstoff Kind. Zwischen Freiheit und Kontrolle

2021, Carl Auer Verlag, 146 Seiten, 20,60 Euro (eBook 18,99)

Der Autor ist Facharzt für Kinderheilkunde, Kinder- und Jugendpsychiatrie, psychotherapeutische Medizin und Psychosomatik sowie systemischer Familientherapeut. Er setzt sich in diesem Buch mit den Anforderungen an Kinder in der "Leistungsgesellschaft" auseinander und der Tendenz, sich an diese möglichst rasch und komplikationslos anpassen zu sollen.

Der Begriff "Rohstoff Kind" liegt semantisch nahe am Begriff "Human Resources", der gut die Einpassung Erwachsener ins wirtschaftliche Gefüge beschreibt.

Nun gibt es Kinder, die aus unterschiedlichen Gründen Schwierigkeiten dabei haben, sich an gesellschaftliche Anforderungen anzupassen.

In der Behandlung von verhaltensauffälligen Kindern - Kindern, die die schulischen Anforderungen nicht bewältigen können - herrscht durchaus keine Einigkeit bei Kinderpsychiater*innen, Kinderpsycholog*innen, Ärzt*innen, Pädagog*innen und Eltern.

Es geht auch um unsere Gesellschaft, um Entwicklung von psychischer Gesundheit und der Gewichtung unterschiedlicher Werte und Interessen.

Der Autor führt aus, dass bereits in der psychologischen/psychiatrischen Diagnostik das die Kinder umgebende Beziehungsgeflecht, Rollenkonflikte, das Temperament eines Kindes und dessen besondere Bedürfnisse zu wenig bis gar keine Berücksichtigung finden.

Für notwendige längerfristige Psychotherapien und die Arbeit mit den Familien fehle oft das Verständnis - wie auch zeitliche und materielle Ressourcen - zumal ja oft mit Hilfe von Medikamenten eine schnelle "Lösung" erreichbar scheint. Oft scheint für notwendige individuelle bedarfsorientierte Wege keine Zeit, keine Energie, kein Verständnis vorhanden.

Dem Autor geht es aber nicht um das Entweder-Oder (z.B. von Medikamenten) sondern um Überlegungen, wie Kinder bedürfnis- und bedarfsgerecht aufwachsen - und ihren eigenen Weg gehen können.

Insgesamt kann das Buch dazu beitragen, eigene Routinen (so wie die von Kooperationspartner*innen) im beruflichen Alltag zu hinterfragen, Entwicklungen, Widersprüche wahrzunehmen und zu thematisieren.

Danielle Graf, Katja Seide

Das gewünschtete Wunschkind aller Zeiten treibt mich in den Wahnsinn Das Geschwisterbuch

2020, BELTZ Verlag, 331 Seiten, 18,95 Euro (auch als eBook und Hörbuch erhältlich)

Ein informativer und empfehlenswerter Ratgeber für interessierte Eltern, aber auch für Familienintensivbetreuer*innen, sozialpädagogische Familienhelfer*innen, Pädagog*innen etc.





© SOS-Kinderdorf_KaterinaIljevskaja

Wer macht den Job?

Ausbildung und Professionalität in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Viele Ausbildungen in Österreich führen zur Arbeit in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, aber nur wenige bereiten die Berufsanfänger*innen ausreichend auf den fordernden Alltag und auf die komplexen Problemstellungen in den Einrichtungen vor. Das zeigt eine Expert*innen-Befragung, die SOS-Kinderdorf durchgeführt hat. Aber wie sollten Ausbildungen gestaltet sein? An welchen Stellschrauben kann gedreht werden und welche kinder- und jugendhilferelevanten Inhalte sollte es in allen Ausbildungen geben? Diesen Fragen ging die JuQuest-Konferenz 2021 in Eugendorf nach.

Thomas Buchner

EINSCHÄTZUNG DER AUSBILDUNGEN FÜR EINRICHTUNGEN DER KINDER- UND JUGENDHILFE

In der Expert*innen-Befragung, die SOS-Kinderdorf im Vorfeld der Konferenz durchführte, fällt der Befund eher ernüchternd aus: kinder- und jugendhilferelevante Inhalte seien in allen Ausbildungen zu wenig vorhanden, ebenso fehlen oft aktuelle Inhalte, wie z.B. neue Medien, Traumapädagogik oder Kommunikation mit Helfer*innensystemen, sowie den Herkunftssystemen. Eine weitere Einschätzung, die viele Expert*innen teilen: in den Ausbildungen seien insgesamt zu wenig Praxiszeiten vorgesehen. Von den 77 Befragten Expert*innen gaben

somit nur 11 an, dass eine abgeschlossene Ausbildung derzeit „eher gut“ auf die Arbeitsrealität in Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtungen vorbereitet. 41 Befragte antworteten auf diese Frage mit „teils gut, teils schlecht“, 24 antworteten mit „eher schlecht“ und eine Person mit „schlecht“. Die Kategorie „gut“ wählte keiner/r der befragten Expert*innen.

INHALTLICH UND REGIONAL ZERSPLITTETERTE AUSBILDUNGSLANDSCHAFT

Erschwert wird die Situation durch die länderspezifischen Ausführungsgesetze des BKJHG 2013, sowie durch eine

Vielzahl verschiedenster Ausbildungsmöglichkeiten auf verschiedenen Stufen des Bildungssystems, wie Sting und Lauer mann in ihrem Vortrag bei der Konferenz ausführten. So kann man mit einer bestimmten Ausbildung in einem Bundesland arbeiten, in einem anderen jedoch nicht. Auch aufeinander aufbauende Ausbildungen (etwa Anrechenbarkeit von Colleges auf FH oder Uni-Studien) fehlen hier, so Sting und Lauer mann. Kinder- und jugendhilferelevante Inhalte finden sich zwar in verschiedenen Ausbildungen, sind aber im Umfang und in ihrer Schwerpunktsetzung sehr unterschiedlich. Eine systematische, aufeinander aufbauende und an einheitlichen fachlichen Qualitätsansprüchen orientierte Ausbildung für die KJH ist nicht in Sicht, so die Schlussfolgerungen von Sting und Lauer mann.

SPANNUNGSFELDER UND PRAXISSCHOCK

Doch was macht es so schwierig, die potentiellen Fachkräfte auf die Arbeitsrealität in Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen vorzubereiten? Tobias Franzheld von der Universität Koblenz-Landau sprach in seinem Vortrag unter anderem ein grundlegendes Theorie-Praxis-Problem an, das wohl auch für andere Handlungsfelder der Sozialen Arbeit Gültigkeit hat. Laut ihm habe die Theorie der Sozialpädagogik normativen Charakter und diese Theorie stößt an die Grenzen in der professionellen Praxis, die von Sachzwängen und Handlungsanleitungen geprägt sei. Das sei eine der Ursachen für den Praxisschock, den viele Ausbildungsabsolvent*innen erleben. Um dem Abhilfe zu verschaffen, schlägt Franzheld unter anderem vor, in die Ausbildung z.B. vermehrt Fallbeispiele einfließen zu lassen, die von den Studierenden in Hinblick auf das Spannungsfeld Theorie und Praxis reflektiert werden. In der Expert*innen-Befragung wird auch von der Mehrheit der Befragten angegeben, dass es sinnvoll wäre, einerseits mehr Praktika in die Ausbildungen zu integrieren und auf

der anderen Seite den Praktikant*innen professionelle Supervision zur Verfügung zu stellen, wie es teilweise in den Colleges für Sozialpädagogik schon passiert.

WEITERBILDUNG ALS EINE MÖGLICHE LÖSUNG

Neben all diesen doch eher negativen Befunden bleibt die Frage, was getan werden kann, um Fachkräfte gut auf die Praxisanforderungen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe vorzubereiten. Einen möglichen Weg zeigten dabei Christian Posch und Monika Lengauer von der FICE Österreich auf: Sie arbeiten derzeit an einem Weiterbildungscurriculum, das speziell auf die Arbeit in der stationären Kinder- und Jugendhilfe vorbereiten soll. Entlang der FICE-Qualitätsstandards für die stationäre Kinder- und Jugendhilfe, einem Handbuch, das 2019 auf breiter Basis erarbeitet wurde, sollte diese Weiterbildung Theorie und Reflexionsblöcke miteinander verweben.

Die Vorträge der JuQuest-Konferenz 2021 können Sie auf dem Youtube-Kanal von SOS-Kinderdorf nachsehen.



Sie sind unter diesem QR-Code abrufbar:

Mag. Thomas Buchner
ist Soziologe und wissenschaftlicher
Mitarbeiter bei SOS-Kinderdorf



ÖAGG | PD

in Kooperation mit



UNIVERSITÄTSLEHRGANG PSYCHOTHERAPIE: FACHSPEZIFIKUM PSYCHODRAMA

Die Psychodrama-Ausbildung befähigt zur Ausübung von Einzel-, Paar- und Gruppentherapie sowie zur Arbeit mit Familien

GEPLANTER BEGINN DER NÄCHSTEN LEHRGÄNGE:

Salzburg (PLUS)
Oktober 2022

Graz/Klagenfurt/Salzburg (PLUS)
Oktober 2022

Wien/St. Pölten (BSU)
Oktober 2022

Abschluss: Master of Science (MSc), 8 Semester berufsbegleitend
Bewerbungen: psychodrama@oeagg.at

www.psychodrama-austria.at/fachspezifikum

Erreichbarkeit ...



...von Eltern im Schulsystem

Der folgende Artikel berichtet über das Forschungsprojekt einer Gruppe Studierenden des Management Centers Innsbruck, Fachbereich Soziale Arbeit. Der Projektschwerpunkt lag auf einer Analyse der derzeitigen Situation der Elternarbeit an Tiroler Schulen und der Etablierung von nachhaltigen Maßnahmen, um die Zusammenarbeit zwischen Erziehungsberechtigten und Schule zu verbessern.

Nicole Scharler

In den vergangenen Jahren rückte die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule unter dem Stichwort Bildungspartnerschaft immer mehr in den Fokus, aufgrund der aktuellen Pandemie intensivierte sich die Wichtigkeit der Thematik deutlich. Im Rahmen des Masterstudiengangs „Soziale Arbeit, Sozialpolitik und -management“ konnten wir (eine Gruppe Studierenden des Management Centers Innsbruck) uns genauer mit dem beschriebenen Themenbereich auseinandersetzen. Im Zentrum des Projekts standen folgende Fragen: Wie sieht die konkrete Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schulen in Tirol vor und während der Corona-Pandemie aus? Was hat sich verändert und was muss sich noch verändern? Wie können jene Eltern besser erreicht werden, die sich dieser Zusammenarbeit zu entziehen scheinen? Geleitet und betreut wurde das Projekt von Frau Mag.a Kathrin Heis, MA und Frau Mag.a (FH) Theresa Luxner. Wir betrachten Schule als einen Ort, an dem viele Menschen aufeinandertreffen und daher entstand die Idee, das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Die Dauer des Projekts wurde auf zwei Semestern festgelegt (Wintersemester 2020/21 und Sommersemester 2021).

DURCHFÜHRUNG, PLANUNG, ERHEBUNG

Zu Beginn des Projekts lag der Fokus auf einer literaturbasierten Datengewinnung, um einen allgemeinen Einblick in den Themenbereich zu erhalten. In verschiedenen Arbeitsgruppen setzten wir uns mit dem österreichischen Bildungssystem, dem demographischen Wandel in Österreich und mit diversen Konzepten wie Inklusion, Anti-Bias, Intersektionalität und Partizipation auseinander, welche wertvolle Rückschlüsse auf Dynamiken in der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule erlauben. Detaillierte Eindrücke erhielten wir durch den Austausch mit vier Expert*innen aus dem schulischen Kontext. Diese Gespräche fanden im Dezember 2020 statt und ermöglichten uns, die weitere Vorgehensweise zu planen und zu strukturieren. Über die theoretische

Datengewinnung hinaus wurden leitfadengestützte, qualitative Interviews im Zeitraum April bis Mai 2021 durchgeführt. Insgesamt konnten fünf Elternteile anhand eines Leitfadens bezüglich Erfahrungen und Einstellungen zur Beziehung mit der Schule des Kindes befragt werden. Derselbe Leitfaden kam unter leichter Abwandlung auch bei jeweils einem Gruppeninterview mit sechs Tiroler Schulsozialarbeiter*innen sowie drei Lehrer*innen zum Einsatz. Die Auswertung der Interviews erfolgte anhand der strukturierten Inhaltsanalyse nach Mayring.

»Derzeit gibt es keine schulübergreifenden Vorgaben für die Gestaltung der Elternarbeit an Schulen.«

ERGEBNISSE

Es konnte festgestellt werden, dass sich das Verständnis von Elternarbeit bei den verschiedenen Akteur*innen unterscheidet. Die – mitunter fehlende – Beziehungsgestaltung von Schule und Erziehungsberechtigten unterliegen einer Vielzahl an strukturellen sowie individuellen Faktoren. Derzeit gibt es keine schulübergreifenden Vorgaben für die Gestaltung der Elternarbeit an Schulen. Klare Vorgehensweise seitens der Schule gibt es meist nur, wenn Erziehungsberechtigte überhaupt nicht erreichbar sind oder sich die Kinder im Unterricht auffällig verhalten. Der Wunsch nach Rahmenbedingungen bezüglich der Zusammenarbeit ist seitens aller Akteur*innen groß, wobei betont wurde, dass die Verantwortung gleichermaßen aufgeteilt werden sollte. Für Erziehungsberechtigte fungieren Elternvereine/Elternvertreter*innen auch als Sprachrohr. Hauptgründe für die Nicht-Erreichbarkeit von Eltern im Schulsystem sind technische Barrieren, sprachliche Barrieren, fehlende Ressourcen, Unsicherheiten und die meist schwierige Erreichbarkeit der Lehrer*innen. Umgekehrt zeigt sich die Nicht-Erreichbarkeit von Lehrer*innen anhand fehlender zeitlicher Ressourcen, fehlender Wege, die Erziehungsberechtigten zu erreichen, fehlendem Engagement und fehlender Thematisierung der Elternkommunikation während der eigenen Ausbildungszeit. Die Ressource Zeit ist bei allen Interviewpartner*innen ein maßgeblicher Faktor, Erziehungsberechtigte wünschen sich in diesem

Zusammenhang flexiblere Ansprechezeiten, Lehrer*innen benötigen mehr Zeit, um Elternarbeit leisten zu können. Zur Förderung der zeitlichen Ressourcen der Lehrer*innen kann der flächendeckende Ausbau der Schulsozialarbeit an Tiroler Schulen als maßgeblich eingeschätzt werden. Weiters sind angesichts der wachsenden Bedeutung von digitaler Kommunikation die dazu notwendige materielle Ausstattung sowie Medienkompetenzen als zentrale Ressourcenfaktoren zu nennen. Es zeigt sich darüber hinaus, dass die Bereitschaft zum Engagement in schulischen Belangen von Erziehungsberechtigten von der Schulstufe des Kindes abhängig ist. Zeigen Erziehungsberechtigte mit Kindern in der Volksschule ein hohes Interesse, nimmt diese im weiteren Verlauf mit steigender Schulstufe ab. Als weitere Herausforderungen wurde die Unübersichtlichkeit der unterschiedlichen Kommunikationskanäle zwischen Elternhaus und Schule genannt. Neben der traditionellen Kontaktaufnahme über den Postweg, E-Mail oder Telefon hat eine Verschiebung zu Messengerdiensten wie Whatsapp, Signal und Telegram stattgefunden. Lehrkräfte kritisieren speziell die durch die ständige Erreichbarkeit verursachten fehlenden Ruhezeiten, ansonsten werden die digitalen Tools jedoch als hilfreich bewertet, da eine schnelle Kontaktaufnahme und langfristiges Abrufen von Informationen ermöglicht wird. Ein regelmäßiger Kontakt wird von allen Teilnehmer*innen als wichtiger Punkt für eine positive Beziehungsgestaltung empfunden. Die Interviewpartner*innen verdeutlichen des Weiteren die Notwendigkeit des physischen Kontakts durch Elternsprechtag/Elternabend und anderen schulischen Veranstaltungen. Der „informellere“ Austausch von Eltern und Schulpersonal, losgelöst von Problemen, sollte in der Wichtigkeit nicht unterschätzt werden. Auf Basis der Ergebnisse lassen sich entscheidende Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Schule und Erziehungsberechtigte ableiten. Eine Auswahl der relevantesten Maßnahmen wird im Folgenden erläutert:

VORSCHLÄGE/FORDERUNGEN:

Für Direktor*innen und Schulen

- Schulen bekennen sich zu Elternarbeit und fördern diese gebührend
- Schulinterne Vorgaben müssen mitunter gesetzt und nach außen hin klar kommuniziert werden
- Übersichtliche Kommunikationskanäle werden angeboten

Für Erziehungsberechtigte:

- Eltern bringen mehr Akzeptanz für die vor allem zeitlichen Grenzen der Kapazitäten des Schulpersonals auf

Für Schulsozialarbeiter*innen:

- Verbesserte schulinterne Zusammenarbeit (zwischen

Schulsozialarbeiter*innen, Lehrer*innen und Direktion)

- Face-to-Face-Kontakt zu den Erziehungsberechtigten muss weiterhin eine große Bedeutung eingeräumt werden

Für Lehrer*innen:

- Lehrkräfte beantworten Anfragen von Erziehungsberechtigten zeitnah und sind im Umgang mit Informationen transparent
- Lehrer*innen suchen Kontakt zu Erziehungsberechtigten nicht nur bei Problemlagen
- Den Erziehungsberechtigten sind festgelegte Kontakt- bzw. Ruhezeiten klar zu kommunizieren/wobei für manche Erziehungsberechtigte flexible Ansprechezeiten angeboten werden sollten
- Face-to-Face-Kontakt zu den Erziehungsberechtigten muss weiterhin eine große Bedeutung eingeräumt werden

Für politische Entscheidungsträger*innen:

- Schulsozialarbeit flächendeckend ausbauen
- Bundesweite, einheitliche Regelungen für Elternarbeit etablieren
- Förderung von Dolmetscher*innen, MITs, etc.
- Finanzielle Unterstützung für Herausforderungen der Digitalisierung
- Elternabend, KEL-Gespräche auch in höheren Schulstufen verankern

Für Lehrer*innenausbildung:

- Elternkommunikation muss in die Ausbildung von Lehrer*innen verankert werden

Zusammenfassend sind wir als Gruppe dankbar, dass wir im Rahmen unseres Masterstudiums und trotz mancher Einschränkungen durch die Corona-Pandemie das Projekt durchführen und somit unser Forschungswissen erweitern konnten. Wir hoffen natürlich, dass die Ergebnisse des Projekts Beachtung finden und die eine oder andere Maßnahme in Zukunft realisiert wird.

Nicole Scharler, BA
ist Master Studentin am MCI, "Soziale Arbeit, Sozialpolitik und -management"



Veranstaltungen International

Deutschland

Armut und Gesundheit. Was jetzt zählt

Public Health-Kongress
22.-24.3.2022, online

Veranstalter: Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. - Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung, armut-und-gesundheit.de

Geteiltes Wissen - Wissensentwicklung in Disziplin und Profession Sozialer Arbeit

Jahrestagung

29.-30.4.2022, Wiesbaden, Hochschule RheinMain

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit, dgsa.de

Der Sozialstaat sichert unsere Zukunft - sicher wir den Sozialstaat!

82. Deutscher Fürsorgetag

10.-12.5.2022, Essen

Veranstalter: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., [deutscher-verein.de/wir-ueber-uns-deutscher-fuersorgetag-2115.html](https://www.deutscher-verein.de/wir-ueber-uns-deutscher-fuersorgetag-2115.html)

Gesellschaftlicher Wandel in Krisenzeiten – Herausforderungen für die gesundheitsbezogene Soziale Arbeit

Bundeskongress

10.-11.11.2022, Kassel, Kongress Palais

Veranstalter: Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V., [dvsg.org](https://www.dvsg.org)

Schweiz

Soziale Arbeit und Sucht – Praxis und Wissenschaft im Dialog

Fachtagung

23.3.2022, Olten, FH Nordwestschweiz

Veranstalter: Hochschule für Soziale Arbeit, [mas-sucht.ch/fachtagung-2022](https://www.mas-sucht.ch/fachtagung-2022)

SIÖ 02/2021 INFORMATIONEN

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger:

Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit
– obds, A-1060 Wien, Mariahilferstraße 81 /1/14,
www.obds.at, ZVR: 275736079

ABONNENT*INNEN SERVICE:

Erscheinung, Preise, Abonnements: Die SIÖ erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: EUR 12; Jahresabonnement: EUR 35,- (zzgl. Portokosten). Das Abonnement gilt für ein Kalenderjahr und verlängert sich automatisch jeweils um ein weiteres Jahr. Abbestellungen bestehender Abos sind bis drei Monate vor Jahresende mitzuteilen.

Das Abo der obds-Mitglieder ist kostenlos. Für Mitglieder auf der Website obds.at im internen Bereich digital abrufbar!

ABONNENT*INNEN SERVICE:

Claudia Mehwald, obds, 1060 Wien,
Mariahilferstraße 81 /1/14,

Tel: +43 1 5874656,
E-Mail: service@obds.at

www.obds.at

Join us on



ICH BIN AUS RECYCLING PAPIER.



Papier: Impact natural ist ein 100% Recyclingpapier aus österreichischer Produktion.

Druckerei: Wien Work zeichnen ökologischer Digital-/ Offsetdruck sowie soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit aus.

Mehr Informationen auf <https://www.wienwork.at/de/dienstleistungen/digitalmedia>

